Otto Benecke Stiftung e.V.

Dokumentation 24. Forum Migration

Aktueller Extremismus – Gefahren für unsere Gesellschaft

5. Dezember 2019, Stadthalle Bonn-Bad Godesberg

Gefördert vom:

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Tagungsleitung:
Salim Bölükbasi, Projektleiter
Tel.: 0221-2 72 43 99-13
E-Mail: Salim.Boeluekbasi@obs-ev.de

Konzeption
/ Fachbeirat der OBS
/ Dr. Lothar Theodor Lemper
/ Dr. Stefan Metzger, Referatsleiter
/ Jörg Frank, Referatsleiter
/ Salim Bölükbasi, Projektleiter

Otto Benecke Stiftung e.V.

Impressum

September 2020

Herausgeber:

Otto Benecke Stiftung e.V.
Kennedyallee 105–107, 53175 Bonn
Tel. 0228-81 63-147 · Fax: 0228-8163-300
E-Mail: post@obs-ev.de
Internet: www.obs-ev.de

Geschäftsführender Vorsitzender: Dr. Lothar Theodor Lemper
Vorsitzender des Kuratoriums: Eberhard Diepgen, Regierender Bürgermeister von Berlin a.D.

Redaktion:
Anne Bergsdorf, OBS
Anne Hohl, OBS
Achim Hermes, Journalist und Kommunikationsberater

Gestaltung:
gb | Grafik Anna Böttcher

Bildnachweise:
Titel, S. 5-7, S. 11-28, S. 32-43, S. 45 links, S. 46 links, S. 47 links,
S. 49 links, S. 50, S. 51: OBS/Hans Theo Gerhards
S. 4: Eberhard Diepgen, privat
S. 9: LVR-ZMB/Stefan Arendt
S. 29: OBS/Norman Althaus
S. 45 rechts: DIE LINKE/DIG/Trialon
S. 46 rechts: Anke Jacob
S. 47 rechts: Wolfgang Bosbach, privat
S. 48: Christoph Busse
S. 49 rechts: Grüne Landtagsfraktion NRW

Gefördert vom:

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Inhalt

Vorwort 4
Eberhard Diepgen, Vorsitzender des Kuratoriums der Otto Benecke Stiftung e.V.

Begrüßung ..... 5 - 8
Dr. Lothar Theodor Lemper,
Geschäftsführender Vorsitzender der Otto Benecke Stiftung e.V.

Grußwort Miguel Freund ..... 9 - 10
Stellvertretender Vorsitzender der Kölnischen Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit,
Mitglied der Gemeindevertretung der Synagogen-Gemeinde Köln

Radikalisierte Mitte?
Toleranz und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland ..... 11 - 17
Vortrag von Prof. Dr. Andreas Zick,
Leiter des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) an der Universität Bielefeld
(redaktionell bearbeitet von Achim Hermes)

Politisch-weltanschaulicher Extremismus im Jugendalter ..... 18 - 23
Vortrag von Michaela Glaser,
Frankfurt University of Applied Sciences,
Kompetenzzentrum Soziale Interventionsforschung, Frankfurt a.M.

Was heisst Radikalisierung? Anmerkungen zu einem umstrittenen Begriff ..... 24 - 27
Vortrag von Prof. Dr. Christopher Daase,
Goethe-Universität Frankfurt a.M.,
Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt a.M.

Aktuelle Extremismus-Tendenzen in NRW und Möglichkeiten der Prävention ..... 28 - 36
Vortrag von Burkhard Freier,
Ministerialdirigent im Ministerium des Inneren NRW, Leiter des Verfassungsschutzes NRW, Düsseldorf
(redaktionell bearbeitet von Achim Hermes)

Offene Gesellschaft und Rechtsstaat versus Extremismus –
Wie sollen Staat und Gesellschaft handeln? ..... 37 - 44
Vortrag von Peter Biesenbach,
Minister der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen, CDU, MdL

Aktuelle Entwicklungen des Extremismus – Gefahren für unsere Gesellschaft ..... 45 - 51
Podiumsdiskussion mit
Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau, MdB, Die Linke
Gerhart Baum, Bundesinnenminister a.D., FDP
Wolfgang Bosbach, MdB a.D., CDU, ehemaliger Vorsitzender des Innenausschusses
Helge Lindh, MdB, SPD, Ausschuss für Inneres u. Heimat
Monika Düker, MdL, Fraktionsvorsitzende GRÜNE im Landtag NRW

Vorwort

Eberhard Diepgen

Politisch motivierte Kriminalität hat im Jahr 2019 in Deutschland weiter zugenommen. Insgesamt registrierten die Sicherheitsbehörden 41.177 politisch motivierte Delikte. 22.342 dieser Straftaten kamen aus dem rechten Milieu. Das geht aus dem aktuellen Bericht „Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2019. Bundesweite Fallzahlen“ hervor, den das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat und das Bundeskriminalamt im Mai 2020 vorstellten[1].

Bei den rechtsextremistisch motivierten Straftaten handelte es sich in der großen Mehrheit um Propagandadelikte und Fälle von Volksverhetzung. Aber auch in fast 1.000 Gewalttaten ermittelten die Sicherheitsbehörden. Trauriger Höhepunkt des Jahres 2019 war im Juni der Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke.

Unter dem Titel „Aktueller Extremismus – Gefahren für unsere Gesellschaft“ nahm sich das 24. Forum Migration des Themas an. Rund 400 Interessierte aus Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik, aus Institutionen und Behörden, Kirchen, Religionsgemeinschaften und Wohlfahrtsverbänden fanden dafür am 5. Dezember 2019 den Weg in die Stadthalle von Bonn-Bad Godesberg. Das zeigt, die Otto Benecke Stiftung e.V. hatte den Nerv der Zeit getroffen.

In Impulsreferaten wie „Radikalisierte Mitte? Toleranz und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland“, „Was heißt Radikalisierung? Anmerkungen zu einem umstrittenen Begriff“, „Politisch-weltanschaulicher Extremismus im Jugendalter“ und „Aktuelle Extremismus-Tendenzen in NRW und Möglichkeiten der Prävention“ führten anerkannte Expert*innen aus Wissenschaft und Praxis tief in die Thematik ein. Eine Podiumsdiskussion mit Bundes- und Landespolitiker*innen sowie der nordrhein-westfälische Justizminister Peter Biesenbach, MdL (CDU) beleuchteten die politischen Konsequenzen der wissenschaftlichen Expertise.

Dieses Heft dokumentiert das 24. Forum Migration der Otto Benecke Stiftung e.V. mit den Grußworten und den Referaten, der Diskussion und einer Bildergalerie.

Wir danken dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend für die Finanzierung unseres erfolgreichen Forums.

Eberhard Diepgen
Vorsitzender des Kuratoriums der Otto Benecke Stiftung e.V.

[1] Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat

Begrüßung

Dr. Lothar Theodor Lemper, Geschäftsführender Vorsitzender der Otto Benecke Stiftung e.V.

Auf den Tagesordnungen unserer Foren steht seit geraumer Zeit der zu vertiefende thematische Diskurs zu der zentralen Frage: Wie gelingt Integration durch Qualifizierung in den akademischen und berufsorientierten Bereichen? Wie gelingt Integration durch die erfahrene Wirklichkeit des Arbeitsmarktes?

Die Fähigkeiten der Geflüchteten für den Arbeitsmarkt zu erkennen und damit ihre Potenziale zu heben, um ihnen mit entsprechender zusätzlicher Qualifizierung neue Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu ermöglichen – das ist die zentrale Voraussetzung für eine nachhaltige Integration.

Damit nicht zu Beginn die positiven Seiten unter den Zwang des Verschweigens geraten, verweise ich auf eine ermutigende Zwischenbilanz: Fünf Jahre nach ihrer Ankunft in Deutschland hat gut die Hälfte der Geflüchteten Arbeit gefunden; 68 Prozent davon gehen einer Voll- oder Teilzeiterwerbstätigkeit nach, 17 Prozent einer bezahlten Ausbildung und 3 Prozent einem bezahlten Praktikum, 12 Prozent sind geringfügig beschäftigt. Dabei arbeiten 44 Prozent der erwerbstätigen Geflüchteten in einem Helferberuf, 57 Prozent sind als Fachkraft oder in Tätigkeitsbereichen mit höherem Anforderungsniveau beschäftigt.

Auf diese Weise entsteht etwas sehr Positives: Immer öfter werden aus Leistungsempfängern Leistungsträger. So leisten Geflüchtete einen wichtigen Beitrag zum demokratischen, sozialen und ökonomischen Leben in unserer Gesellschaft. Für notorische Gegner der Flüchtlingspolitik sind dies alles keine sympathischen und sie überzeugenden Befunde.

Dr. Lothar Theodor Lemper, *Geschäftsführender Vorsitzender der OBS*

Denn Menschen mit Migrationshintergrund wurden immer gerne instrumentalisiert für ideologische Hindeutungen auf den Weltuntergang und den gleichzeitigen Nachweis für die Abnutzung des demokratischen Systems. Nirgendwo hat die Silvesternacht am Kölner Hauptbahnhof mehr klammheimliche Freude ausgelöst als bei der AfD. Es entwickelt sich eine zunehmend offene, schamlose und entgrenzte faschistoide Rhetorik des Rechtsextremismus. Wir erleben zunehmend Tabubrüche: im Zynismus der Sprache, in bewusst inszenierten Provokationen, in Diskursen, die schon längst die Regeln für einen ernsthaf-

ten Meinungsaustausch außer Kraft gesetzt haben. All das zunehmend hemmungsloser. Die Ermordung meines und unseres Freundes Dr. Walter Lübcke ist das jüngste traurige Resultat.

Wir spüren mehr und mehr eine steigende Polarisierung in unserer Gesellschaft, eine Rhetorik der verletzenden Anfeindungen, deren wesentliches Ziel, aus dem sich die ganze Leidenschaft der Verunglimpfung nährt, in der Mobilisierung von Gefühlen und dem Schüren niederschwelliger Instinkte besteht. Und damit zugleich die demokratische Pflicht zur Rationalität und der Bindung der Meinungsfreiheit an die ethische Verantwortung des Wortes zur belanglosen Nebensache unserer Demokratie macht. Je komplexer die Sachverhalte, desto einfacher die Antworten. Es werden alle Schichten und Ebenen komplexer Sachverhalte so weit abgebaut, bis die Illusion übrigbleibt, man könne mit einfachen Mitteln alle Probleme lösen.

Publikum

Mit dieser Methode wandeln sich Begriffe wie „Geflüchtete“ oder „Migranten“ oder „Integration“ zu aggressiven Reflexen, zu Projektionsflächen zynischer Formen der Ablehnung und Hasstiraden.

Wir erleben Tabubrüche durch eine gemeine Sprache, die für viele schon zu einer gemeinsamen Sprache geworden ist. Keine Demokratie kann angesichts dieser besorgniserregenden politischen Entwicklungen einfach zur Tagesordnung übergehen. Wer zum Unrecht schweigt, wird selbst zum Hehler des Unrechts. Ja, die OBS ist der parteipolitischen Neutralität verpflichtet. Das wird sich auch nicht ändern. Aber Neutralität ist weder Weggucken noch Wegducken. Es gilt auch für uns die Pflicht zur „zivilen Robustheit“ – gegen zunehmend antidemokratische Entwicklungen und vor allem rechtsextremistische Angriffe auf die wesentlichen Säulen unserer Verfassung.

Vor 70 Jahren verabschiedete der Parlamentarische Rat unser Grundgesetz, das eine wehrhafte und nicht wehrlose Demokratie zum Inhalt hat. Die Mütter und Väter unseres Grundgesetzes: Sie hatten ganz besonders das Menschheitsverbrechen des Holocaust vor Augen. Und so wurde das Grundgesetz vor allem als radikaler Gegenentwurf zum Nazideutschland verstanden. Diese Mütter und Väter des Grundgesetzes haben uns eine universelle Formel geschenkt, hinterlassen, vererbt: „Die Würde des Menschen ist unantastbar!“ Dieser Satz des ersten Artikels – wie alle anderen Grundrechte und unsere Rechtsordnung auch: Das ist die Klammer unserer Gesellschaft, das ist der Kit unserer Demokratie – nie verhandelbar, nie austauschbar, unantastbar, alternativlos.

Und manche Vorkommnisse, die für sich genommen nicht akzeptabel sind, werden mit einer klammheimlichen Freude als Steilvorlage für die Erzeugung kollektiver Reflexe instrumentalisiert. Hetze und Hass werden zu Pflichtaufgaben, Feinseligkeit wird zur notwendigen Weltanschauung, Weghören und Wegsehen werden zur maximalsten Form der vornehmen Distanzierung.

Publikum

Es braut sich was zusammen, ja es braunt sich was zusammen am Horizont unseres demokratischen Systems. Übrigens nicht nur von den Rändern, sondern Schritt für Schritt mit einer hochmoralischen Aufladung zunehmend auch aus der Mitte der Gesellschaft – da dürfen wir uns nichts vormachen. Die Entgrenzung der Sprache ist die Generalprobe für den Ernstfall widerwärtigster Taten.

Das gilt vorrangig für rechtsextremistische Äußerungen bis hin zu einem vielfach auf leisen Sohlen daherschleichenden Antisemitismus – bis hin zu dem gescheiterten Terroranschlag auf die Synagoge in Halle. Bei seinem Deutschland-Besuch einen Tag danach, am 25. Oktober 2019, sagte der Vorsitzende des Jüdischen Weltkongresses, Ronald Lauder: „Deutschland hat 6 Millionen Gründe, besonders wachsam gegen Neonazibewegungen und Judenhass zu sein. Wenn es ein Land der Erde gibt, das extrem empfindbar sein sollte, wenn es um Antisemitismus geht, dann ist es Deutschland."

Ronald Lauder weiter: „Erstaunlicherweise kommt der Hass von jungen Menschen, die nicht wissen, was hier vor 80 Jahren geschah. Die dritte Generation ist ahnungslos, nicht nur in Deutschland, sondern überall. Das müssen wir ändern."

Zunehmend kommen Gefahren für unsere Demokratie nicht nur von den Rändern, sondern auch von denjenigen, denen jedes politische Engagement suspekt ist, die mit einer Arroganz höchster moralischer Rechtfertigung eine Radikalablehnung des Politischen inszenieren, die in der Ablehnung jedes politischen Engagements ihre scheinmoralische Rechtfertigung finden in dem genüsslich verbreiteten Vorurteil, Politik sei ein schmutziges Geschäft, um im Einzelfall in den Politikern zugleich ihre Adressaten für den eigenen Lobbyismus zu finden.

Es ist mehr als irritierend, was jetzt in Thüringen passiert ist, wo Mitglieder der CDU mit einer Zusammenarbeit mit der AfD liebäugelten und sogar zusammen mit AfD

und FDP einen Ministerpräsidenten wählten – mit dem Argument, man könne auf Dauer nicht gegen 20 Prozent der Wähler regieren. So fängt das an: Ähnliches hatte der damalige Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht gesagt, eine Führungspersönlichkeit aus der Wirtschaft der Weimarer Republik, ein Republikaner, der sich wandelte zum Gegner der parlamentarischen Demokratie und prominenten Unterstützer Hitlers.

In einer Rede 1930 vor dem Wirtschaftsrat der Bayerischen Volkspartei erklärte er: „Richtig ist, dass man auf Dauer nicht gegen 20 Prozent der Wähler regieren kann, die in der letzten Reichstagwahl einen lebendigen Protest gegen die innere und äußere Einschnürung unseres Lebensraumes zum Ausdruck bringen wollten.“ Nichts anderes als ein Plädoyer für eine Regierungsbeteiligung der NSDAP. „Einschnürung unseres Lebensraumes“ – heute ist es die Flüchtlingszuwanderung.

Heute kann keiner sagen, er habe es nicht gewusst. Heute kann es zunehmend jeder wissen – und zwar durch eine breite Aufklärung über die Gefahren des Extremismus.

Im Übrigen: ein Extremismus von rechts und von links. Zu diesen beiden Seiten hat schon Friedrich Nietzsche erklärt: „Die beiden gegnerischen Parteien, die sozialistische und die nationale – oder wie die Namen in den verschiedenen Ländern Europas lauten mögen –, sind einander würdig: Neid und Faulheit sind die bewegenden Mächte in ihnen beiden“ – ein interessantes, heute noch aktuelles Zitat.

„Hitler existiert nicht mehr – aber die Samen seines Wahnwitzes haben in vielen fanatischen Köpfen Wurzel gefasst. Es ist leichter, die Tyrannen zu beseitigen und die Konzentrationslager aufzuheben, als die Ideen auszurotten, aus denen sie geboren sind und ihre Kraft gezogen haben. Nicht aller Faschismus ist mit Mussolini oder Hitler zu Ende.

Um eines guten, eines dauerhaften Friedens willen müssen die gutgesinnten Völker in aller Welt ihre Entschlossenheit wahren, den bösen Geist zu zertreten, der die Welt in den letzten Jahren überschattet hat.“ Das sind bemerkenswerte Sätze von Harry S. Truman in seinen Memoiren 1945.

Grußwort Miguel Freund

Stellvertretender Vorsitzender der Kölnischen Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit
Mitglied der Gemeindevertretung der Synagogen-Gemeinde Köln

Vor einem Monat erinnerten wir nicht nur an den Fall der Mauer, sondern auch an die Reichspogromnacht, an die Nacht vom 9. auf den 10. November 1938, als im ganzen Deutschen Reich Synagogen demoliert, geschändet, verbrannt wurden.

Die Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 war die Nacht, in der Nazideutschland und der größte Teil seiner Einwohner auf gewaltsame, auf mörderische Art und Weise den hier lebenden Jüdinnen und Juden zeigten, dass sie endgültig nicht mehr zur deutschen Gesellschaft dazugehörten.

Im ganzen Reich zündete der faschistische deutsche Mob die Synagogen an, zerstörte und plünderte jüdische Geschäfte, Betriebe und Wohnungen, verprügelte, vergewaltigte und tötete Juden und verschleppte Tausende in die Konzentrationslager.

Der Schritt von der totalen Ausgrenzung, Entrechtung und Beraubung der Juden in Deutschland hin zur Schoah, zum Holocaust, zur Vernichtung der europäischen Jüdinnen und Juden war getan.

81 Jahre sind seitdem vergangen. 81 Jahre, in denen der Mensch gelernt haben sollte.

Bergen-Belsen, Auschwitz, Buchenwald, Dachau, Ghetto Warschau, Theresienstadt, Babij Jar und Majdanek sind nicht nur Stätten der Erinnerung an unbeschreibliches Leid, an Demütigung und Entwürdigung und an einen millionenfachen qualvollen Tod. Sie sind auch anmahnende Geschichte. Wir müssten aus der Geschichte lernen – und aus diesem Abschnitt der Geschichte intensiver als je zuvor.

***Miguel Freund**, Stellvertretender Vorsitzender der Kölnischen Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit*

Juden haben den Abgrund eindringlicher und schmerzhafter erfahren als andere. Ihnen ist die Lagernummer, die einer obrigkeitlich angeordneten Aberkennung der Menschenrechte gleichkam, tiefer eingebrannt als jedem anderen und sie tragen dieses Mal mit sich, gleich ob sie selbst im Lager waren oder die Nachkommen der Entronnenen sind. Seither haben besonders wir Juden – nicht nur die Überlebenden der Vernichtungslager, nicht nur die Verfolgten und Vertriebenen, sondern alle Juden – die Pflicht, die Geschichte gegenwärtig zu halten, wenn sie von anderen abgewiesen oder vergessen wird. Uns Juden bleibt präsent, dass wir nicht deshalb verfolgt und gepeinigt

wurden, weil wir so oder so gehandelt haben, sondern allein deshalb, weil wir Juden waren. Aber die Aufgabe, die Geschichte zu bewahren und mit ihr zu leben, kann nicht den Juden allein gestellt sein. In und mit der Geschichte leben wir alle. Keiner kann sich wegstehlen.

Nun, ich bin sicher, dass Sie mit mir einer Meinung sind, dass die nach dem Recht des „Dritten Reiches“ begangenen Gräueltaten nicht vergessen werden dürfen und auch nicht vergessen werden.

Aber haben wir wirklich aus dem Schrecklichen gelernt? Haben wir entschlossen „Halt“ nicht nur gerufen, sondern uns energisch entgegengestellt, gegen jeden, der das Unglaubliche neu geschehen lassen wollte und will?

Wir haben gedacht, es sei genug, als vor 60 Jahren die neu aufgebaute Synagoge in der Roonstraße im benachbarten Köln feierlich eingeweiht wurde – und wenige Wochen später ihre Fassade mit Hakenkreuzen beschmiert war.

Wir haben gedacht, es sei genug, nach den rechtsextremen Gewalttaten in Hoyerswerda (1991), Rostock-Lichtenhagen (1992), Mölln (1992), Solingen (1993) und Lübeck (1996), als in den neunziger Jahre Asylbewerberheime brannten.

Wir haben gedacht, es sei genug, als Neonazis zehn Menschen ermordeten und alle wegschauten.

Wir haben gedacht, es sei genug, als 1994 ein Brandanschlag auf die Synagoge in Lübeck, 2000 Brandanschläge auf die Synagogen in Erfurt und Düsseldorf, 2002 ein Brandanschlag auf eine Synagoge in Berlin-Kreuzberg verübt und Friedhöfe geschändet wurden.

Nein, es war nicht genug. Der braune Mob wütet weiter, er wird stärker.

Wie kann es sein, dass über 20 Prozent der Bürgerinnen und Bürger in den nicht mehr so neuen Bundesländern für eine zumindest in Teilen rechtsextreme Partei stimmen?

Wie kann es sein, dass Wahlplakate mit dem Text „Israel ist unser Unglück“ nicht nur aufgehängt werden, sondern Staatsanwaltschaften sie nicht als antisemitisch und volksverhetzend einordnen?

Wie kann es sein, dass „Du Jude“ ein gebräuchliches und akzeptiertes Schimpfwort auf unseren Schulhöfen ist?

Wie kann es sein, dass über 80 Jahre nach der Reichspogromnacht Anschläge auf Gotteshäuser verübt werden – nicht nur auf jüdische, auch auf muslimische –, Gotteshäuser geräumt werden müssen, weil sie bedroht wurden?

Wie kann es sein, dass mitten am Tag ein Mann, schwer bewaffnet, minutenlang versuchen kann, in eine mit zahlreichen Betenden gefüllte Synagoge einzudringen, über 500 Meter über eine Straße geht, dabei Passanten erschießt – ohne dass im Einhalt geboten wird?

Trotz alledem – wir dürfen nicht aufgeben, wir dürfen nicht resignieren. Für uns Juden gilt sowieso: Weglaufen hilft nicht. Wir lassen uns nicht einschüchtern und schon gar nicht vertreiben. Wir haben ein Recht, hier zu sein.

Aber auch von der nichtjüdischen Mehrheitsgesellschaft, von Ihnen erwarte ich: Empört euch, steht auf und widersteht. Es ist genug.

Radikalisierte Mitte? Toleranz und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland

Vortrag von Prof. Dr. Andreas Zick, Leiter des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) an der Universität Bielefeld

(redaktionell bearbeitet von Achim Hermes)

Wenn wir den Extremismus der Mitte nicht verstehen, können wir bestimmte Konflikte nicht mehr konstruktiv regulieren. Dann werden sie destruktiv reguliert.“ Deshalb sei es wichtig, über den Extremismus der Mitte zu sprechen, sagte Professor Dr. Andreas Zick. Und so führte der Leiter des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) an der Universität Bielefeld auf dem 24. Forum Migration der Otto Benecke Stiftung e.V. im Dezember 2019 in Bonn-Bad Godesberg ein in das Thema „Radikalisierte Mitte? Toleranz und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland“.

Das Modell der Demokratie in Deutschland folge der Idee einer starken Mitte mit Rändern, hob Professor Zick hervor. Im Fokus stehe das ständige Ringen „um die Herstellung von Gleichwertigkeit“. Die Herausforderung dabei: „Das gesellschaftliche Klima ist gerade für Gesellschaften, die getragen sind von einem Modell einer ausgleichenden Mitte, wichtig für den Zusammenhalt. Und dafür gilt im Besonderen die Frage, inwieweit destruktive, radikale und extremistische Meinungen – aber auch Affekte und Ideologien – in die Mitte eindringen. Oder die Mitte sich selbst an den Rand begibt oder sich radikalisiert.“

Solche Szenarien habe die Bundesrepublik in den vergangenen Jahren erlebt mit einer Hass- und Gewaltwelle in der Gesellschaft, die aus der Gesellschaft gekommen sei und die sich gegen die Gesellschaft gerichtet habe, sagte Professor Zick und untermauerte das mit folgenden Zahlen:
„2018: 20.431 Straftaten polizeilich rechts eingestuft. Das ist aber nur das Hellfeld. Die Zahlen liegen unweit höher. Und die Zahlen kamen auch zustande, nachdem NGOs genauer ermittelt haben. Gewalttaten rechts: 156.646 Straftaten rassistisch, 400 mehr als in 2017, 7.700 fremdenfeindlich, 1.800 ungefähr antisemitisch, Steigerung in 2018.

Prof. Dr. Andreas Zick, *Leiter des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) an der Universität Bielefeld*

Wir sprechen dabei über ein Jahr, in dem die Gesellschaft diesen Stresstest, Zuwanderung von Geflüchteten, Asylsuchenden erlebt hat und sich das Ganze beruhigt hat.

Wir haben ungefähr 98.000 Menschen, die klar extremistisch organisiert sind. Im Bereich Rechtsextremismus wird nun mittlerweile auch offiziell jede zweite Person als gewaltorientiert eingestuft."

Der Konflikt- und Gewaltforscher mahnte aber zur Vorsicht bei der Verwendung der Begriffe „Extremismus der Mitte" und „Radikalisierung". Es gehe nicht darum, diese Begrifflichkeiten mit Ausdehnung auf die Mitte gleichsam „zu verwässern". Zick: „Wenn ich von Radikalisierung und Extremismus rede, dann meine ich eine zunehmende psychische, physische, ideologische Gewalt gegen andere, die in Emotionen, Überzeugungen oder Verhaltensweisen liegt. Und wenn ich von Radikalisierung rede, dann meine ich dabei Radikalisierung als einen sozialen Prozess, der zu einer extremistischen Polarisierung von sozialgeteilten Emotionen und Überzeugungen, also Ideologien und Verhaltensweisen, die mit der gesellschaftlichen Norm inkonsistent sind, und zu Extremismus führt und letztendlich zu Gewalt. Und das variiert. Diese Gewalt ist zum Teil offen. Viel von dieser Gewalt sehen wir aber nicht. Sie ist versteckt, sie ist latent, sie ist verzögert, insbesondere der psychische Anteil. Darüber haben wir auch keine Daten."

Radikalisierung fange früh an, hat der Konflikt- und Gewaltforscher beobachtet. Es gebe ein großes Reservoir an Stereotypen in der Gesellschaft, Stereotypen, die zunächst einmal lediglich Zuschreibungen zu bestimmten Merkmalen, Eigenschaften und Gruppen seien. „Die müssten noch überhaupt nicht rassistisch sein." Stereotypen seien auch etwas anderes als Vorurteile.

Radikalisierung dagegen gehe einen Schritt weiter und führe heute zunehmend zu rechtspopulistischen Orientierungen, zu rechtsextremem Terror. „Wenn wir das verstehen wollen, müssen wir wissen, wieweit sich das in die Mitte hineinschiebt und es dann die Mitte verschiebt. Die Tat von Halle haben wir noch gar nicht verstanden. Ich warne davor, sie einfach nur als strafrechtliches Problem zu bezeichnen. Wir müssen verstehen, wie so ein Täter sich radikalisiert hat. Wir müssen das verstehen, weil er leider einer von uns war.

Feindseligkeiten

Den Rechtsextremismus in der Mitte könne man festmachen an Menschenfeindlichkeit, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Vorurteilsmustern, Abwertung, Diskriminierung, die gruppenbezogen sei: „Das ist Ausdruck einer Meinung, die ich habe, weil ich mich mit bestimmten Gruppen identifiziere. Die Tat auf Lübcke ist von einem Einzeltäter verübt worden, der aber meinte, kollektiv zu handeln." Aus der empirischen Forschung stamme die Erkenntnis: Wenn die eine Menschenfeindlichkeit da sei und es gebe eine zweite menschenfeindliche Abwertung, dann gehe das miteinander einher. Es sei ein Syndrom. Man könne Antisemitismus und Islamfeindlichkeit nicht gleichsetzen. Aber sie gingen miteinander einher. Deshalb fordert der Leiter des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) an der Universität Bielefeld, sie gemeinsam zu diskutieren und ständig zu analysieren, wieweit diese Menschenfeindlichkeit Ungleichwertigkeit herstelle. Professor Zick: „Es geht um die Frage – und das ist für die Mitte eine Zerreißprobe –, wie viel Ungleichwertigkeit zwischen Gruppen sickert in der Mitte ein."

Dazu zitierte er aus der großen repräsentativen Studie seines Instituts vom März 2019, der „Mitte-Studie". Sie habe rückläufige Menschenfeindlichkeit festgestellt mit Rückgängen beim Sexismus von 10,8 Prozent in 2014 auf 7,5 Prozent 2018/2019, bei Homophobie von 11,8 Prozent 2014 auf 8,3 Prozent 2018/2019. Die Abwertung von Transmenschen bleibe mit 12,3 Prozent konstant.

Professor Zicks Fazit: „In den sogenannten geschlechtsgruppenbasierten Vorurteilen haben wir über die vielen Jahre, in denen wir beobachten, einen Rücklauf. Und wenn man tiefer hinschaut, sind das genau diese Gruppen, bei denen rechtlich sehr viel an Gleichstellung passiert ist.“
Dagegen bleibe Fremdenfeindlichkeit in der Bevölkerung latent auf hohem Niveau. So stimme jeder Fünfte eindeutig einer immigrantenfeindlichen Meinung zu wie zum Beispiel: „Es leben zu viele Ausländer in Deutschland.“ Das meinen mit 35 Prozent ein gutes Drittel der Befragten in der repräsentativen Stichprobe. In absoluten Zahlen waren das 2.000 Personen. Der Aussage: „Weiße sind zu Recht führend in der Welt“ folgten elf Prozent. Der Wert bleibe stabil über die vergangenen sechs Jahre hinweg.

Ebenfalls stabil halte sich der klassische Antisemitismus, sechs Prozent der Befragten bekundeten eine deutliche Zustimmung zu offener, feindseliger Abwertung und eine rassistische Abwertung von Jüdinnen und Juden. Ungefähr ein Viertel in der Bevölkerung zeige israelbezogenen Antisemitismus. Das definieren die Forscher des Bielefelder Instituts für Konflikt- und Gewaltforschung als einen Antisemitismus, der sich auf Israel richte und der Israel-Kritik äußere unter Bezugnahme auf antisemitische Stereotype: „Was der Staat Israel heute mit den Palästinensern macht, ist im Prinzip auch nichts anderes als das, was die Nazis im Dritten Reich mit den Juden gemacht haben.“

Für diese Aussage gebe es 39 Prozent Zustimmung in der Mitte der Gesellschaft. Jede fünfte Person teile eindeutig die Abwertung von Muslimen, führte Professor Zick weiter aus. Die Aussage: „Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden“ habe zum Beispiel 18 Prozent Zustimmung gefunden. Die Abwertung von Sinti und Roma liege konstant bei 20 Prozent. Vorurteile gegenüber Asylsuchenden steigen. Es gebe also in der Mitte der Gesellschaft bei einzelnen Gruppen ein Reservoir an offenen, feindseligen Meinungen, schlussfolgerte Professor Zick. Diese Meinungen blieben zum Teil stabil, selbst wenn die gesellschaftliche Realität sich ändere und zum Beispiel die Zuwanderung abnehme. Zick: „Die empirische Beobachtung sagt uns, dass die Feindseligkeit gegenüber asylsuchenden Geflüchteten angestiegen ist nach einem Rückgang der Zuwanderung. Das ist in vielen anderen Bereichen und der Geschichte auch so: Der Rassismus gegen schwarze Amerikanerinnen und Amerikaner in Amerika ist auch nach Krisenzeiten angestiegen. Damit müssen wir rechnen, denn das Stereotyp bleibt ja da.“

„Was sind Ursachen dafür, wenn Mitglieder der Mitte sich offen menschenfeindlich äußern?“, forschte Professor Zick. Dafür gebe es eine Vielzahl von Faktoren, sagte er und nannte beispielhaft Alter, Geschlecht, Bildung, Schichtzugehörigkeit oder ob man etwa im Osten oder im Westen Deutschlands lebe. Aber: „Sobald Menschen meinen, Zuwanderung generell sei eine Bedrohung, sobald Menschen meinen, sie sind benachteiligt durch das, was in Migration stattfindet, sind sie bereit, auch Vorurteilen und Abwertungen zuzustimmen, Ungleichwertigkeit herzustellen, vielleicht um selbst eine Integration zu erleben. Menschenfeindlichkeit ist deswegen radikalisierungsfähig, weil es ein Integrationsversprechen für die Einheimischen ist.“

Es gebe ebenso eine Fülle von Faktoren, die Menschenfeindlichkeit und Homogenität erzeugten, analysierte Professor Zick weiter und nannte beispielhaft den Wunsch nach einer Rückkehr zu alten Zeiten, die Wiederherstellung alter Traditionen oder nationaler Identitäten wie auch das Beharren auf Dominanz und Vorrechten. Vielfalt werde als Bedrohung empfunden und erzeuge

ebenfalls Menschenfeindlichkeit. Professor Zick: „Diese Feindseligkeiten, diese Menschenfeindlichkeit sind nicht exklusiv zu betrachten, sondern sie sind eine Möglichkeit, sich zu radikalisieren und sich an radikale andere Ideologien zu heften."

Prof. Dr. Andreas Zick und Moderator Joachim Frank

Interessant sei in diesem Zusammenhang, dass es offenbar bestimmte „Schlüsselwörter" gebe, die Hassbotschaften hervorrufen. Professor Zick belegt dies mit einer weiteren Studie seines Instituts unter 800 Journalistinnen und Journalisten. Man habe ihnen die Frage gestellt: „Gibt es Ihrer Meinung nach sogenannte ‚hot issues', Schlagworte, die Angriffe auf Sie nahezu unvermeidlich hervorrufen?" 270 von ihnen bejahten diese Frage. Es gebe „Signalbegriffe", die sofort Hassbotschaften gegen Journalistinnen und Journalisten hervorriefen. Die Studie arbeite auch heraus, dass die meisten „hot issues" sich durch Menschenfeindlichkeit gegen andere Gruppen hervorheben. Das heiße, so der Konflikt- und Gewaltforscher, sobald Journalistinnen und Journalisten beispielsweise über die Arbeit von NGOs, die Hilfe für Geflüchtete und ähnliche Themen berichteten, rufe das Hatespeech hervor. Professor Zicks Schlussfolgerung: „Es geht nicht unbedingt immer nur um die politischen Themen, sondern um Gruppen, die abgewertet werden in der Gesellschaft."

Radikale Ideologien

Rund 21 Prozent der Befragten vertreten eindeutig rechtspopulistische Orientierungen. Auch das habe die repräsentative „Mitte-Studie" herausgearbeitet. Zwei bis drei Prozent stimmten rechtsextremen Ideologien zu. Und 25 Prozent der Befragten neigten Einstellungen und Meinungen zu, die aus dem Bereich der „Neuen Rechten" kommen. Drei Prozent befürworteten eine Diktatur, 13 Prozent einen nationalen Chauvinismus, also „Deutschland first". Drei Prozent der Befragten verharmlosten den Nationalsozialismus. Fremdenfeindlichkeit äußerten neun Prozent der Befragten, offen und direkt antisemitisch waren zwei Prozent und sozialdarwinistisch ebenfalls zwei Prozent. Schaue man sich das anhand konkreter Aussagen an, so komme die Studie bei ausgewählten Fragen zu folgenden Ergebnissen: „Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert", finden 22 Prozent der Befragten richtig, 13 Prozent sagten dazu „teils, teils", der Rest habe die Aussage abgelehnt.

„Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert", findet die Zustimmung von elf Prozent der Befragten in der Studie, sieben Prozent sagen „teils, teils", der Rest lehnt ab. „Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform": vier Prozent Zustimmung, zehn Prozent „teils, teils".

Schaue man sich die rechtsextremen Einstellungen im Detail an, dann sei die Voraussetzung dafür, jemanden als rechtsextrem einzustufen, so Professor Zick, dass man 18 rechtsextremen Einstellungen zustimme. Aber wann stimme jemand zu, fragte der

Konflikt- und Gewaltforscher. „Was spielt dabei eine Rolle? Ist es die wirtschaftliche Lage? Das sind Sorgenbürgerinnen und Sorgenbürger, die wirtschaftlich vielleicht abgestiegen sind. Die finanzielle Lage? Das sind die Verlierer, das sind die Menschen, die arm sind. Denn natürlich ist die Abgrenzung, die Menschenfeindlichkeit, die radikale Ideologie ein Inklusionsversprechen für die Einheimischen, für die Alteingesessenen. Eine wirtschaftliche Bedrohung, eine Deprivation? Man fühlt sich benachteiligt gegenüber denen, die zugewandert sind.
Eine Bedrohung der Identität? Die Leute fühlen sich deutsch, sie sind nationalstolz.
Es kann aber auch sein, dass Menschen andere Ideologien teilen, Vielfalt ablehnen, dominanzorientiert sind, autoritär, ökonomistisch eingestellt sind, die Demokratie missachten, sich machtlos fühlen. Es kann sein, dass Einkommen, Alter, Geschlecht, West, Ost, Bildung eine Rolle spielen oder andere Vorurteilsmuster. Weil Menschen Vorurteile gegenüber bestimmten Gruppen haben, neigen sie dazu, auch rechtsextremen Einstellungen zuzustimmen. Das sind alles Faktoren, die möglich sind."

In den Studien komme es darauf an abzuschätzen, welche dieser Faktoren relevant seien. Nach Professor Zick gibt es zwei Faktoren, die ein hohes Ausmaß an Variation bei den rechtsextremen Einstellungen erklären. „Das ist die Polarisierung in der Mitte der Gesellschaft. Sobald Menschen gegen Vielfalt sind und sobald Menschen Vorurteile gegenüber bestimmten Gruppen haben, steigt ihre Zustimmungsbereitschaft zu rechtsextremen Einstellungen. Das ist die Polarisierung des Rechtsextremismus in der Mitte. Es ist eigentlich ein Kampf gegen die Vielfalt und es geht um eine Abgrenzung von anderen Gruppen. Diese beiden Faktoren erzeugen das. Deswegen ist Vielfalt und Teilhabe auf einmal wieder eine Zerreißprobe in der Mitte der Gesellschaft."

Was die letzte Studie auch deutlich gemacht habe, „und das war ziemlich erschreckend", sei eine hohe Korrelation zwischen rechtspopulistischen Orientierungen, neurechten Einstellungen, rechtsextremen Einstellungen und einer allgemeinen Gewaltneigung. Professor Zick: „Wir sehen in unseren Studien, dass dieser Konnex zwischen politischer Orientierung und Gewaltneigung stärker geworden ist. Das heißt, Menschen, die rechtsextreme, rechtspopulistische, neue rechte Einstellungen teilen, neigen heute in den neueren Studien stärker dazu, Gewalt als eine Option zu betrachten. Das ist eine Radikalisierung."

Publikum

Das Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) an der Universität Bielefeld habe das auch gemessen, indem es in 401 Kreisen Daten über vorurteilsbasierte Hasstaten ausgewertet hat. Dann habe man analysiert, welche Wahlergebnisse die AfD dort erziele, wie die soziale Lage in diesen Kreisen, wie hoch die Arbeitslosenquote sei und welche Rolle das interkulturelle Leben spiele.

Für die ostdeutschen Bundesländer zeige sich, dass die Wahlerfolge der AfD insbesondere in den Regionen hoch gewesen seien, in denen ein Jahr zuvor die Arbeitslosigkeit hoch und der Ausländeranteil gering war. Gleichzeitig habe es in Regionen mit AfD-Wahlerfolgen im Wahljahr signifikant mehr Hasstaten gegeben gegenüber Geflüchteten. Es gebe zwar bisher keine Langzeitstudie dazu, die die Kausalität messe, sagte Professor Zick: „Aber das war schon erschreckend, dass dort, wo eine Hasstat passiert ist, eine politische Einstellung nachrückt."

Betrachte man dagegen die westdeutschen Bundesländer, so lasse sich dort zwar eine Vorhersage treffen auf die Wahl der AfD. Aber Vorhersagen zu rechtsextremen Hasstaten seien mit den derzeitigen Daten und mit den Sozialstrukturdaten kaum möglich. Für den Westen gelte: je höher die Arbeitslosenquote, desto geringer die Wahrscheinlichkeit der AfD-Wahl. Und diese Beobachtung erstrecke sich über alle Kreise im Westen. Dagegen gebe es aber einen Zusammenhang von Ausländeranteil und einer Präferenz für die AfD. Zicks Schlussfolgerung: „Das zeigt, hier geht es um einen ökonomischen Konflikt, um Benachteiligung. Solche Wahlen sind Konfliktindikatoren.

Im Osten sind die Verhältnisse anders. Da können wir eine gute Vorhersage treffen für Hasstaten. Da ist es der Ausländeranteil. Je niedriger der Ausländeranteil, desto stärker ist die Wahrscheinlichkeit, dass eine Hasstat passiert. Auch der Bezug Wahl der AfD und Ausländeranteil, je niedriger der Ausländeranteil, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass AfD gewählt wird. Und hier sehen wir, die Arbeitslosenquote hat im Osten etwas mit der Hasstat zu tun, weniger mit der Ausländerquote. Das ist schon interessant, das Ergebnis, weil es bedeutet, hier sind unterschiedliche Konfliktlagen, die eine ganz große Rolle spielen."

Die Radikalisierung folge Mustern, die es auch in anderen Bereichen gebe, sagte Professor Zick. Er erläuterte dazu ein Modell des Radikalisierungsforschers Randy Brown. Danach verlaufe Radikalisierung in verschiedenen Gruppen sehr ähnlich. Das sei unabhängig davon, ob die Gruppen zum Beispiel islamistisch oder rechtsextrem seien. Nach diesem Modell könnten Menschen sich als radikalisierungsfähiger entpuppen, sobald sie anfangen, sich zu beschweren oder chronische Ungerechtigkeitsgefühle zu entwickeln und dabei auf Gruppen treffen. Eingebunden in ein radikales Kollektiv neigten sie dann mehr zu Gewalt, sobald Ungerechtigkeitsgefühle entstünden. „Auf der dritten Stufe werden diese Ungerechtigkeitsgefühle abgestellt, und dann gibt es so eine externale Zuschreibung, alles ist schlecht, alles sind die anderen schuld und wir müssen gucken, dass wir das jetzt bereinigen. Und dann findet eine Distanzierung von der Gesellschaft statt."

Eine solche Geschichte schreibe der Attentäter von Halle, meinte Professor Zick. „Das ist ein Modell, und es ist natürlich populistisch. Man kann es aufblasen, man kann es unterfüttern. Wir leben in Zeiten, in denen eine ständige Propaganda und Aggregation von genau diesen Mustern bedient wird. Es sind immer genau diese Muster: Etwas ist nicht richtig, etwas ist nicht fair, etwas ist ungerecht und so weiter und jemand ist böse. Wir wissen aus unserer Forschung, dass die Bindung an radikale Gruppen und der radikale Konflikt zu anderen auch ein zweiter Beschleunigungsfaktor sind. Das heißt, es geht um Propaganda, die aber eingebunden ist in Gruppen. Was wir in unserem Online-Netzwerk sehen, aber auch in analogen Gruppen: Extremistisch orientierte Gruppen mobilisieren und erzeugen Zusammenhalt. Es geht um das Angebot exklusiver Identitäten, es geht um Moral und Obligation. Wir werden in einen moralischen Konflikt hineingezogen. Es müssen ständig Affektkul-

turen hergestellt werden. Das ist eine neue Herausforderung. Alles geht über Emotionen und Affektkulturen."

Rechtsextremismus und Radikalisierung seien keine homogenen Phänomene. Die alte Formel, rechts, links oder islamistisch bildeten eine homogene Gruppe, habe ausgedient. Vielmehr seien innerhalb der Milieus Überbietungswettbewerbe in Affektkulturen und Gewalt zu beobachten. Sie beschleunigten die Propaganda und machten es ihr so sehr viel einfacher. Man reagiere aufeinander, sehr schnell und sehr variabel. Kurz: Es gelinge extremistisch orientierten Gruppen durch exklusive Identitäten, Verschwörungspropaganda, Affektkulturen und Konflikt- und Gewaltwettbewerbe digital Zusammenhalt zu generieren und zu mobilisieren.

Bremsen

„Was kann man dagegen tun?", fragte Professor Zick: „Gibt es Bremsen?" Politische Bildung sei ein Mittel der Prävention. Allerdings müsse sie auch erteilt werden. Professor Zick verwies dabei auf die Untersuchung „Ranking Politische Bildung 2018. Politische Bildung an allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufe I im Bundesländervergleich"[1]. Danach betrug der Stundenanteil „Politische Bildung" in der Sekundarstufe 1 in Nordrhein-Westfalen 3,8 Prozent. In den ostdeutschen Bundesländern zwischen einem Prozent (Thüringen) und 4,3 Prozent (Mecklenburg-Vorpommern). Schlusslicht war Bayern mit einem Stundenanteil von 0,5 Prozent. „So wird das nicht gehen", kritisierte Professor Zick. Die Gesellschaft müsse dazu übergehen, Konflikte stärker zur Kenntnis zu nehmen und sie im Vorfeld bereits zu prognostizieren. Es werde nicht mehr reichen, bei der Migration über die Notwendigkeit der Integration und von Sprachkursen zu sprechen. Vielmehr müsse sich der Fokus künftig darauf richten, welche kommunalen Konflikte dabei entstehen können. Dafür müsse mehr Sensibilität entwickelt werden. Professor Zick: „Ich glaube, dass wir eine universelle Prävention gegen Hass und Radikalisierung brauchen, dass man Forschung und Praxis noch enger zusammenbringen muss. Das Ausmaß an Gewalt und fehlendem Schutz ist immens. Ich denke, wir brauchen die Fähigkeit, Ungleichwertigkeit auch tatsächlich zu erkennen.

Wir brauchen zivile Räume. Was bedeuten zivile Räume? Zivile Räume bedeuten maximale Fairness gegenüber allen Gruppierungen. Das muss der Raum sein, den wir so bestimmen, das muss das Parlament sein, die Schule, das ist diese Veranstaltung, maximale Fairness bei Differenzen, gegenseitige Wertschätzung, die über jeden Zweifel erhaben ist. Viele Menschen zweifeln und rücken dann an den Rand. Wir brauchen deutlichen Respekt gegenüber Vielfalt, Schutz, Prävention vor Gewalt. Und ich glaube, dass man Integrationspotenziale und zivilgesellschaftliche Kräfte besser erkennen und stärken sollte.

[1] Mahir Gökbudak und Reinhold Hedtke: Ranking Politische Bildung 2018. Politische Bildung an allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufe I im Bundesländervergleich, in: Didaktik der Sozialwissenschaften, Social Science Education Working Papers, Universität Bielefeld, Fakultät für Soziologie, Hrsg.: Prof. Dr. Reinhold Hedtke und Prof. Dr. Bettina Zurstrassen, März 2019, Working Paper No. 9.

Politischer Extremismus im Jugendalter

Vortrag von Michaela Glaser, Frankfurt University of Applied Sciences, Kompetenzzentrum Soziale Interventionsforschung, Frankfurt a.M.

In meinem Beitrag möchte ich ein paar Überlegungen zum Thema der Tagung aus Jugendforschungs- und Jugendhilfeperspektive beisteuern. Das heißt, ich werde im Folgenden nicht DAS Erklärungsmodell für jugendlichen Extremismus skizzieren oder einen Überblick über die wichtigsten Erklärungsdimensionen geben. Hier wäre u.a. auch über biografische Belastungen, desintegrierende Erfahrungen, Gelegenheitsstrukturen, Gruppendynamiken zu reden. Sondern es geht mir um die Frage: Was ist jugendspezifisch an den Phänomenen, die wir (aktuell) unter „politischem Extremismus“ diskutieren? (Wobei ich mich auf die Phänomene „Rechtsextremismus“ und „islamistischer Extremismus“ beschränken werde, da aktuelle Erscheinungsformen im Phänomenbereich „links“ m.E. substanziell anders gelagert und konturiert und deshalb nicht in dieser Form vergleichbar sind.)

Und daran anschließend: Was folgt daraus für unsere gesellschaftliche Perspektive auf diese Phänomene wie auch für unseren gesellschaftlichen Umgang mit diesen?

Beginnen möchte ich mit bestimmten Jugendspezifika der Phänomene, die geradezu „ins Auge springen“.

Einstiegsalter

Das ist zum einen das Alter derjenigen, die sich extremistischen Strömungen anschließen. So wird das Einstiegsalter in rechtsextremen Szenen von feldkundigen Akteuren inzwischen auf 13 bis 14 Jahre geschätzt. Es sind aber auch Fälle von 11- und 12-Jährigen bekannt. Im islamistischen Extremismus wird der Einstieg mit ca. 16 bis 19 Jahren insgesamt etwas später verortet; teilweise finden sich aber auch hier Annäherungen und Fundamentalisierungen bereits in der frühen Adoleszenz (so war der jüngste Attentäter in Deutschland, der den [verhinderten] Anschlag auf den Ludwigshafener Weihnachtsmarkt plante, gerade einmal 12 Jahre alt).

Michaela Glaser, *Frankfurt University of Applied Sciences, Kompetenzzentrum Soziale Interventionsforschung, Frankfurt a.M.*

Ein hoher Anteil junger Menschen fand sich auch bei den Ausreisenden nach Syrien (dort stellten die 18- bis 25-Jährigen die insgesamt größte Gruppe, es finden sich aber auch teilweise deutlich Jüngere).

Mit anderen Worten: Hinwendungen zum rechten wie auch zum islamistischen Extremismus und Einbindungen in entsprechende Szenen finden oft im Jugend- und Jungerwachsenenalter statt.

Jugendkulturelle Elemente

Zum Zweiten sind sowohl Rechtsextremismus als auch islamistischer Extremismus in bestimmten Teilsegmenten wie auch in ihren Rekrutierungs- und Propagandastrategien stark durch jugendkulturelle Stilelemente geprägt.

Im Rechtsextremismus sind das seit vielen Jahren insbesondere jugendkulturell orientierte Musikstile. Diese reichen inzwischen auch längst über den klassischen „Rechtsrock“ hinaus und in breite Spektren von bei Jugendlichen „angesagten“ Musikstilen, wie z.B. Hardcore oder Hip-Hop, hinein.
Gleiches gilt für den Kleidungsstil: Der Look heutiger rechtsextremer Jugendlicher unterscheidet sich meist deutlich vom Skinhead-Outfit der 1980er/1990er Jahre oder dem traditionellen „Deutsche Mädel“-Look. Er ist eher eine „Bricolage“ unterschiedlicher jugendkulturell angesagter Stilformen; die rechtsextremen Codes sind subtiler und die Übergänge zu Mainstream-Jugendkulturen fließender geworden.

Insgesamt an Bedeutung gewonnen hat die (zunehmend professionelle) Nutzung digitaler Medien zu Werbe- und Rekrutierungszwecken, wobei sich viele Videobotschaften, etwa der „Identitären“, ebenfalls an einer jugendkulturellen Ästhetik oder an jugendkulturell geprägten Aktionsformen wie z.B. Flashmobs orientieren.

Im Spektrum des islamistischen Extremismus ist es vor allem der Salafismus, der in Deutschland von Beginn an eine stark jugendkulturelle Akzentuierung aufwies:
Zu nennen sind hier einmal die Inszenierungen selbsternannter Internetprediger wie Pierre Vogel oder sein ehemaliger Mitstreiter Sven Lau, deren Erfolg nicht zuletzt in ihrem jugendgemäßen Auftreten gründet (bzw. gründete) und die sich in Sprache und Gestus stark jugendkultureller Elemente bedienen.

Zum anderen die Rekrutierungsvideos des sogenannten „Islamischen Staates“: Diese von professionellen Anbietern erstellten Propagandabotschaften knüpften in ihrer Ästhetik gezielt an der Bildersprache von bei jungen Menschen angesagten Blockbustern und Videospielen an.

Dass sich extremistische Propaganda in besonderer Weise an junge Menschen richtet, erklärt allerdings noch nicht, warum gerade junge Menschen solchen Botschaften gegenüber besonders vulnerabel sind. Vielmehr lässt sich die jugendkulturelle Prägung von Ansprachen auch als eine Anpassung an die Zielgruppen begreifen: Extremist*innen richten ihre Werbestrategien – wie alle guten Werbestrategen – an derjenigen Adressat*innengruppe aus, bei der sie den größten Zuspruch für ihr „Produkt“ erwarten. Warum das so ist, wird erkennbar, wenn wir die Motive betrachten, die die Forschung bei denjenigen identifiziert hat, die sich von extremistischen Strömungen angezogen fühlen.

Motive

Was sagt uns also vorliegende Forschung zu den Motiven, aus denen heraus sich junge Menschen extremistischen Strömungen zuwenden?

Als ein zentrales Motiv zeigt sich hier zum einen die Suche nach Sinnstiftung und Orientierung im Leben – wobei diese Suche im Rechtsextremismus und islamistischen Extremismus durchaus unterschiedlich konturiert ist: Im islamistischen Extremismus ist sie oft dezidiert religiös gerahmt, im Rechtsextremismus dagegen in der Regel weltlich orientiert (auch wenn die rechtsextreme Ideologie z. T. durchaus transzendente Bedürfnisse bedient).

Des Weiteren zeigt sich eine Suche nach Gemeinschaft und Zugehörigkeit, auf die das exklusive Gemeinschaftsversprechen

Publikum

extremistischer Gruppen antwortet: im Rechtsextremismus mittels Konstruktion einer verschworenen Kameradschaft, im islamistischen Extremismus mit dem Topos der auserwählten Bruder- bzw. Schwesternschaft.

Erkennbar wird außerdem das Motiv einer – auch bewusst provokativen – Abgrenzung von der Elterngeneration und deren Werten. (Im Falle des islamistischen Extremismus beinhaltet dies oft sogar eine doppelte Abgrenzung – einmal von den eigenen, häufig wenig religiösen Eltern, zum anderen von der Mehrheitsgesellschaft, die als ablehnend erlebt wird.)

Des Weiteren (vor allem, aber nicht nur) bei jungen Männern eine Suche nach Grenzerfahrungen und Abenteuern, die durch den Nervenkitzel des Verbotenen und die Aussicht auf heldenhafte Kämpfe „bedient“ wird. Es finden sich aber auch idealistisch grundierte Motivationen, etwa das Engagement gegen Ungerechtigkeiten oder für eine (vermeintlich) bessere Gesellschaftsordnung – ein Engagementinteresse, das allerdings z. T. schon von Beginn an, spätestens jedoch mit Adaption der Ideologie, partikularistisch gerahmt ist: Ungerechtigkeitswahrnehmungen, Solidarität und Empathie gelten dann nur noch den Angehörigen der eigenen Glaubensgemeinschaft bzw. des eigenen nationalen Kollektivs. (Das kann so weit gehen, dass mit Angehörigen der konstruierten „Eigengruppe“ zutiefst mitgelitten wird, während anderen die Leidensfähigkeit abgesprochen wird.)

Hinwendungen als adoleszente Suche

Es sind also durchaus vielschichtige, unterschiedlich gelagerte Motive, die allerdings eines gemein haben: Es sind ganz überwiegend Motivlagen, die charakteristisch für die Zeit der „Adoleszenz“ sind (bzw. in dieser Lebensphase besonders virulent werden). Denn diese markiert einen Lebensabschnitt, in dem es um nicht weniger als die Lösung von der bisherigen Kernfamilie, die Abgrenzung von der älteren Generation und das Ausloten und Austesten neuer sozialer Zugehörigkeiten geht wie auch um die erstmalige Entwicklung und Erprobung eines

eigenen, tragfähigen Wertesystems und Lebensentwurfs. Es ist eine lebensgeschichtliche Phase, die wie keine vor oder nach ihr von persönlichen und sozialen Umbrüchen geprägt ist und deshalb oft mit ausgeprägter Bereitschaft zu Probehandeln, starkem Veränderungswillen, aber eben auch massiven Verunsicherungen einhergeht.

Alle diese Aspekte spiegeln sich in den Hinwendungsmotiven zu extremistischen Strömungen wider und werden von extremistischen Ideologien mit ihren Eindeutigkeitsversprechen und exklusiven Zugehörigkeitsangeboten auch abgeholt und bedient.

Mit anderen Worten: Wir haben es bei solchen jugendlichen Hinwendungen auch mit adoleszenten Suchbewegungen junger Menschen zu tun, die in ihrer Motivation häufig gar nicht so sehr anders gelagert sind als bei anderen jungen Menschen[1]. Die besondere Vulnerabilität junger Menschen für extremistische „Anrufungen" resultiert aus diesen Charakteristika der Jugendphase, steht über den auf diese Charakteristika „antwortenden" Aspekten extremistischer Ideologien.

Offenheit der Jugendphase

Zugleich zeichnen sich solche adoleszenten Hinwendungen zum Extremismus aber auch durch ein weiteres Charakteristikum aus, das in den – berechtigten – Sorgen um die möglichen Folgen jugendlicher sogenannter „Radikalisierungen" manchmal etwas aus dem Blick gerät: die Offenheit dieser Verläufe und der in vielen Fällen temporäre Charakter einer Hinwendung zu extremistischen bzw. Involviertheit in extremistische Strömungen.

Diese Offenheit resultiert ihrerseits aus den starken Suchbewegungen, durch die dieser Lebensabschnitt geprägt ist. Denn damit verbunden ist auch, dass Orientierungen und Zugehörigkeiten in diesem Alter noch vergleichsweise wenig gefestigt und entsprechend wandelbar sind. So kennt die Rechtsextremismusforschung das sogenannte Phänomen des „maturing out", d.h. das Herauswachsen aus Szenezugehörigkeiten mit zunehmender Einfindung in das Erwachsenenleben in Form von Familiengründung und/oder beruflicher Etablierung[2].

Im Bereich des islamistischen Extremismus ist Forschung zu Verläufen jenseits terroristischer Karrieren noch sehr begrenzt, weshalb vergleichbare Befunde rar sind. Doch auch hier zeigen sich Hinweise (u.a. in unseren eigenen Studien), dass Hinwendungen und Zugehörigkeiten z. T. stark von adoleszenten Bedürfnissen getragen sind und mit Abschluss dieser Lebensphase auch wieder an Relevanz verlieren können.

Anders formuliert: Ein kleiner Teil derjenigen, die sich im Jugendalter für extremistische Szenen interessieren, geht auch tatsächlich den Weg der „Radikalisierung" bis hin zu Gewalt und Terror. Viele wenden sich aber auch wieder ab, finden alternative Möglichkeiten, um Sinn, Orientierung und Zugehörigkeit zu erfahren bzw. zu entwickeln.

---

[1] Um Missverständnisse auszuschließen: Dieser Verweis auf lebensphasentypische Charakteristika ist nicht relativierend (im Sinne von: „Es sind ja nur adoleszente Ablösungsprozesse") gemeint. Wenn diese adoleszenten Bedürfnisse und Dynamiken auf entsprechende ideologische Deutungs- und Zugehörigkeitsangebote treffen, kann dies sukzessive, manchmal auch in erstaunlich kurzer Zeit, zur Übernahme von Deutungsmustern und Handlungsbereitschaften führen.

[2] Damit ist allerdings nicht gesagt, dass mit einer solchen Distanzierung aus aktiven Szenestrukturen und dem Einstellen einschlägiger Handlungen auch stets eine Abkehr von inhaltlichen Positionen einhergeht.

Michaela Glaser, *Frankfurt University of Applied Sciences, Kompetenzzentrum Soziale Interventionsforschung, Frankfurt a.M.*

Fazit

Wie ich aufzuzeigen versucht habe, zeigt sich die Jugendphasenspezifik von Hinwendungen zum Extremismus nicht nur im Hinwendungsalter und in der jugendkulturellen Konturierung extremistischer Ausprägungen – sondern insbesondere auch in den Motiven derjenigen, die sich diesen Strömungen zuwenden: Diese verweisen darauf, dass Hinwendungen zu politisch-weltanschaulichen Extremismen – nicht nur, aber auch – als Versuche der Bewältigung adoleszenter Umbruchphasen zu lesen sind.

Für den gesellschaftlichen Blick auf diese Phänomene und den präventiven Umgang mit diesen folgt daraus m.E. vor allem zweierlei:

Funktionalität von extremistischen „Angeboten“

Zum einen, dass diese ideologischen Angebote für junge Menschen eine Reihe von Funktionen erfüllen, die jenseits ihrer weltanschaulich-politischen Zielstellungen liegen. Dazu gehören sowohl sozialintegrative Funktionen und damit verbundene Anerkennungserfahrungen als auch ein Gewinn an Orientierung und Sinnstiftung sowie Erfahrungen der Selbstwirksamkeit.

Auf einer grundsätzlichen Ebene bedeutet dies: Wenn wir junge Menschen – Kinder häufig noch – nicht einfach nur als „ Opfer, Verführte“ begreifen, sondern als Akteure ihres Lebens, die hier Antworten finden, die sie anderswo nicht finden, dann wirft uns das als Gesellschaft auch auf die Frage zurück: Inwiefern konnten wir die gesuchten Antworten nicht geben? Inwiefern tragen wir dazu bei, dass gerade diese Antworten für manche jungen Menschen plausibel werden?

Mit anderen Worten: Was haben diese Entwicklungen an den vermeintlichen „Rändern“ unserer Gesellschaft mit dieser Gesellschaft als Ganzes zu tun? Auf einer konkreten, handlungsorientierten Ebene liefern uns diese Funktionen aber auch wichtige Hinweise – gerade auch für die pädagogische Arbeit –, um die Anziehungskraft extremistischer Phänomene auf junge Menschen besser zu verstehen und um nach Wegen zu suchen, dieser Anziehung etwas entgegenzusetzen.

Offenheit von Verläufen

Die Offenheit der Jugendphase mit ihren temporären, wechselnden Verortungen und ihren Suchbewegungen verweist zum anderen darauf: Nicht jeder Jugendliche, der Interesse an diesen Strömungen zeigt,

mit ihren Botschaften liebäugelt, sich zeitweise in entsprechenden Milieus bewegt, ist bereits ideologisch radikalisiert oder ein potenzieller Terrorist.

Deshalb sind in der präventiven Auseinandersetzung mit jungen Menschen zu diesem Thema zwar einerseits genaues Hinschauen, klare Positionierungen und im Bedarfsfall entschiedenes Handeln angezeigt. Andererseits sind aber auch Gelassenheit und Entdramatisierung gefordert – auch deshalb, um nicht in Polarisierungsdynamiken zu geraten und Gefahr zu laufen, durch Überreaktionen und Zuschreibungen problematische Entwicklungen zu befördern.

Literatur zum Weiterlesen:

Glaser, Michaela/Schuhmacher, Nils (2016): Jugendlicher Rechtsextremismus und die biographische Perspektive. Darstellung und Diskussion vorliegender Forschungsbefunde. In: Interventionen. Zeitschrift für Verantwortungspädagogik. H. 8, S. 28–33

Glaser, Michaela/Frank, Anja/Herding, Maruta (Hrsg.): Gewaltorientierter Islamismus im Jugendalter. Befunde aus Jugendforschung und Jugendhilfe. 2. Sonderband des Sozialmagazins. Weinheim: Beltz Juventa, 2018

Was heisst Radikalisierung? Anmerkungen zu einem umstrittenen Begriff

Vortrag von Prof. Dr. Christopher Daase, Goethe-Universität Frankfurt a.M., Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt a.M.

Wenn Begriffe zu Schlagworten werden, ist Vorsicht geboten! Denn Schlagworte fokussieren – für alle sichtbar – eine komplexe Materie und machen sie damit politisch handhabbar. Aber sie blenden mitunter auch wichtige Aspekte aus und werden damit der vielschichtigen Wirklichkeit nicht mehr gerecht. Ich glaube, ein bisschen so verhält es sich auch mit dem Begriff der „Radikalisierung".

Zunächst war im Anschluss an 9/11 die zunehmende Bereitschaft junger Muslime, sich dem Dschihadismus zuzuwenden, als Radikalisierung bezeichnet worden. Von dort fand dann der Begriff Eingang in die soziale Arbeit und Programme der Deradikalisierung. Schließlich wurde er auf Entwicklungen im rechtsextremen Milieu angewendet und – wenig überraschend – dann auch auf Trends im linken Spektrum gemünzt.

Innerhalb kürzester Zeit ist also Radikalisierung so zu einem Schlagwort des politischen Diskurses geworden, zur Chiffre für eine globale Krise des Politischen. Diese Krise drückt sich darin aus, dass auf der rechten und linken Seite des politischen Spektrums und im Kontext religiöser Bewegung immer rigorosere politische Positionen entstehen, die nicht nur die Werte und Institutionen demokratischer Gesellschaften in Frage stellen, sondern auch Gewalt bis hin zum Terrorismus als Mittel politischer Auseinandersetzung rechtfertigen. Radikalisierung beschreibt dabei die Veränderung einzelner Personen, sozialer Gruppen und Bewegungen, aber auch ganzer Gesellschaften.

Damit hat der Radikalisierungsbegriff den Begriff des Extremismus ein Stück weit abgelöst. Tatsächlich sprechen wir heute mehr und lieber über Radikalisierung als von Extremismus. Und das hat gute Gründe. Der Extremismusbegriff ist nämlich statisch und beschreibt einen Zustand.

Prof. Dr. Christopher Daase, *Goethe-Universität Frankfurt a.M., Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt a.M.*

Ein Individuum ist extremistisch oder nicht, ebenso eine Gruppe. Sie kann extremistisch sein oder eben nicht. Es gibt hier kein Vorher, kein Nachher, keine Übergangsform, kein mehr oder weniger extremistisch. So ein Begriff von Extremismus kann aber natürlich trotzdem sehr nützlich sein, wenn man nämlich eine klare Grenze zwischen dem Akzeptablen und dem Nichtakzeptablen, dem Legalen und Illegalen ziehen will. Eine Grenze, die es zum Beispiel erlaubt, den Verfassungsschutz tätig werden zu lassen.

Aber der Extremismusbegriff versagt, wenn es um den Wandel der Gesellschaft geht. Wenn man beschreiben wollte, wie sich die Grundnorm, der Grundkonsens einer Gesellschaft verändert. Denn der Extremismusbegriff denkt von einer imaginären Mitte her, die als Maßstab für das Extreme gilt. Was aber, wenn sich das Sag- und Denkbare in einer Gesellschaft verändert? Ist dann die neue Mitte das Neue, von dem aus die Ränder des politischen Spektrums neu bestimmt werden? Der Extremismusbegriff versagt auch, wenn man an der Entstehung von Extremismus interessiert ist. Wenn man wissen will, wie und warum extremes Gedankengut bei Menschen verfängt. Wenn jemanden Verlaufsform und Abstufungen interessieren, dann nützen statische Begriffe wenig. Dann sind Prozessbegriffe wie eben der der Radikalisierung wichtig, der einen Prozess beschreibt, bei dem die Legitimation einer politischen Ordnung zunehmend in Frage gestellt wird und die Bereitschaft wächst, die Institutionen dieser Ordnung anzugreifen. Nehmen wir das vielleicht als Arbeitsdefinition: Radikalisierung ist die zunehmende Infragestellung einer politischen Ordnung und/oder die wachsende Bereitschaft, sie zu bekämpfen.

Was heißt das im Einzelnen? Zunächst, Radikalisierung ist wie gesagt ein Prozess, ein Wandel politischer Einstellungen, eine Steigerung von Absichten und Strategien. Wenn man so Radikalisierung als Prozess versteht, gelangen Phänomene in den Blick, die auf gesellschaftliche Dynamiken verweisen. Denn an derartigen Prozessen sind in der Regel mehrere Ursachen beteiligt. Vor allem aber wird eine Fixierung politischer Positionierung vermieden. Während Radikalismus ebenso wie Extremismus statisch ist, ist Radikalisierung flexibel und kann durch Entradikalisierung gewissermaßen zurückgenommen oder durch Deradikalisierungsmaßnahmen beeinflusst werden. Radikalisierung ist kein automatisch ablaufender Prozess. Er lässt sich beeinflussen, verlangsamen oder sogar umkehren. Und wenn er das nicht wäre, dann wären alle Programme, die finanziert werden, sinnlos.

Zweitens: Radikalisierung hat zwei Aspekte, einen ideellen und einen performativen. Man kann radikal reden und man kann radikal handeln. Sowohl auf die diskursive Infragestellung der Legitimation an der politischen Ordnung als auch auf die Bereitschaft zur Bekämpfung ihrer institutionellen Strukturen kann man den Begriff Radikalisierung anwenden. Einerseits ist beides unabhängig voneinander. Radikale Ideen können, müssen aber nicht unbedingt in radikale Handlungen münden. Und umgekehrt sind durchaus radikale Handlungen für recht moderate, das heißt nicht radikale Zwecke denkbar. Gleichzeitig sind diese Aspekte aber doch auch verbunden. Die Verbreitung radikaler Ideen kann dazu führen, dass die Bereitschaft zur Bekämpfung einer politischen Ordnung wächst. Auf diesen Punkt werde ich am Ende noch zurückkommen.

Zuvor möchte ich aber drittens betonen, dass Radikalisierung nicht erst dann vorliegt, wenn die Grenze zur politischen Gewalt überschritten ist. Wir haben uns daran gewöhnt, Radikalisierung mit Gewalt gegen Sachen und Menschen, sogar mit Terrorismus gleichzusetzen. Ein auf gewalttätiges Verhalten verengter Radikalisierungsbegriff hat zwar einiges für sich, insofern er eine klare Grenze zwischen radikal und nicht radikal zieht und irgendwie intuitiv verständlich ist, er übersieht allerdings die langfristigen Prozesse, die im Vorfeld einer möglichen Gewaltanwendung, zu der es im Übrigen nicht kommen muss, ablaufen. Ein weit gefasster Deradikalisierungsbegriff vermeidet diese Probleme und fokussiert genau auf diese Entwicklung im Vorfeld politischer Gewalt und macht sie verständlich. Und das ist genau das, was wir wollen.

Und damit hängt zusammen, was ich, viertens, über Radikalisierung sagen will: Sie ist nicht in jedem Fall etwas Schlechtes. Auch hier haben wir uns daran gewöhnt, radikales Denken und Handeln von vornherein negativ zu besetzen und abzulehnen. Aber diese negative Konnotation des Radikalen ist relativ neu und vor allem unhistorisch. Im Europa des 19. und 20. Jahrhunderts waren es die Anhänger des politischen Liberalismus, die als Radikale bezeichnet wurden und sich selber so bezeichneten. Und noch vor kurzem galt Radikalismus als politischer Richtungsbegriff einer bürgerlichen Linken. Dass heute Radikalität, das heißt die Absicht, politische Probleme an der Wurzel zu packen, mit links- und rechtsextremen Positionen, religiösem Fanatismus und politischer Gewalt in Verbindung gebracht wird, sagt viel über die Krisenwahrnehmung unserer Zeit aus. Liberale Gesellschaften sehen ihre normative Ordnung vielfältigen Bedrohungen ausgesetzt und reagieren mitunter mit Abschottungs- und Exklusionsmaßnahmen, die bis an die Aufgabe liberaler Grundwerte reichen. Angesichts politischer Radikalisierungstendenzen radikalisiert sich auch der gesellschaftliche Diskurs über Radikalisierung, und der Begriff wird politisch vereinnahmt.

In dieser Situation scheint mir eine Art Ehrenrettung des Radikalen notwendig zu sein. Ein Hinweis darauf, dass moderne, liberale Gesellschaften das radikale Denken brauchen, um innovativ und flexibel zu sein. Die Grenze zwischen Legalität und Illegalität, Legitimität und Illegitimität verläuft also nicht entlang der Grenze zwischen Radikalität und Nichtradikalität, sondern genau durch die Radikalität hindurch, und das macht es nicht einfacher. Denn nun müssen wir bestimmen, welche Radikalität wir für akzeptabel halten und welche nicht. Immerhin, der Radikalisierungsbegriff sensibilisiert uns für Entwicklungen im Vorfeld politischer Gewalt: die Veränderung politischer Einstellungen, die Transformation politischer Gruppen und Bewegungen im Wandel der Gesellschaft.

Und schauen wir kurz auf unsere gegenwärtige Situation: eine Radikalisierung politischer Parteien, Radikalisierung individueller politischer Positionen und eine Radikalisierung der Gesellschaft – insofern sind auf breiter Front gut etabliert geglaubte liberale Werte und demokratische Institutionen ins Rutschen geraten. Der Rechtsextremismus bildet heute ein zunehmend verzweigtes Netzwerk von Parteien, Gruppen, Aktivitäten. Ein Netz, das vom gewaltbereiten Untergrund bis weit in die Mitte der Gesellschaft reicht. Rechtsextremismus stellt sich somit vielfältiger dar als früher. Er inszeniert sich mal als Abenteuer, mal als direkte Aktion, mal als Widerstand und mal als Heimatpflege. Dadurch sind die Wege rechter Radikalisierung vielfältiger und kürzer geworden. Sie finden online und offline statt, im Rahmen von Vereinen und durch individuelle Ansprache.

Kernbotschaften, das haben wir eben schon gehört, sind weiterhin „Überfremdung“, der „Verlust nationaler Identität“, „Antisemitismus“ und „Antiislamismus“, „Gegnerschaft gegen den liberalen Mainstream und seine angeblich kulturelle Hegemonie“, aber auch „Globalisierungs- und Kapitalismuskritik“. Auffällig ist auch hier die zunehmend enthemmte Hetze im Internet und in sozialen Netzwerken, von der wir wissen, dass sie Radikalisierung fördert und Gewaltbereitschaft ebenso. Opfer der Hetze sind in der Regel politische Gegner, Flüchtlinge und Migranten, Juden und Muslime. Angesprochen werden in der Regel junge Menschen, aber eben nicht nur.

Und das ist das Entscheidende: diese unterschwellige Veränderung in unserer eigenen Gesellschaft. Es sind genau diese schleichenden Prozesse der Rekrutierung, der

v.l.n.r.: Prof. Dr. Christopher Daase, Michaela Glaser, Prof. Dr. Andreas Zick, Joachim Frank

Verbreitung von Hass und Vorurteilen, die Veränderung unserer eigenen Gesellschaft, die wir mit dem Radikalisierungsbegriff in den Blick nehmen können.

„Man wird doch wohl noch sagen dürfen!“ Nein, wird man nicht, wenn man mit dem Gesagten Menschen ausgrenzt, erniedrigt und entmenschlicht. Wenn ihre Würde mit Füßen getreten oder zu Mord und Gewalt aufgerufen wird. Es ist dann an uns allen, noch früher als bislang, noch schärfer als bisher, noch radikaler – wenn Sie wollen – Partei zu ergreifen und für Demokratie und Menschenwürde zu streiten.

Aktuelle Extremismus-Tendenzen in NRW und Möglichkeiten der Prävention

Vortrag von Burkhard Freier, Ministerialdirigent im Ministerium des Inneren NRW, Leiter des Verfassungsschutzes NRW, Düsseldorf

(redaktionell bearbeitet von Achim Hermes)

Wenn man Burkhard Freier Anfang Dezember des vorigen Jahres fragte, bei wem er zum gegenwärtigen Zeitpunkt die größten Gefahren für die Gesellschaft im Bereich einer verrohten, hasserfüllten Kommunikation verortet, dann hatte der Leiter des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes eine klare Analyse: „Wir stellen fest, dass insbesondere Rechtsextremisten versuchen, durch Einschüchterung und durch Bedrohung der vermeintlichen Feinde die Oberhand zu gewinnen. Das heißt konkret: die Bedrohung von Politikern oder von Journalisten, die sich gegen den Rechtsextremismus starkmachen. Dies gehört zur Strategie des heutigen Rechtsextremismus."

Burkhard Freier, *Ministerialdirigent im Ministerium des Inneren NRW, Leiter des Verfassungsschutzes NRW, Düsseldorf*

Einen Einblick in die aktuelle Lage in den vier Extremismusbereichen Rechtsextremismus, Linksextremismus, auslandsbezogener Extremismus und Salafismus gab der Leiter des NRW-Verfassungsschutzes auf dem Forum Migration 2019 der Otto Benecke Stiftung e.V. unter dem Titel: „Aktuelle Extremismus-Tendenzen in Nordrhein-Westfalen und Möglichkeiten der Prävention". Dabei stellte er gleich zu Beginn fest: „In allen Extremismusbereichen sehen wir im Moment eine Entwicklung, die nach oben geht."

Aufgabe des Verfassungsschutzes sei es, aktiv zu werden, „wenn jemand extremistisch ist. Das bedeutet, wenn derjenige die Verfassung, also die Grundrechte, nicht nur missachtet, sondern bewusst abschaffen will. Erst dann beobachten wir als Verfassungsschutz die Organisation." Radikalität dagegen sei nicht Gegenstand der Aufgabe des Verfassungsschutzes. „Radikalität für sich ist etwas, das zu Jugendkulturen, aber auch zur Gesellschaft dazugehört. Das ist nicht etwas, das wir verbieten oder das wir beobachten."

Es nehme nicht nur die Gewalt in der Sprache zu, hat der NRW-Verfassungsschutz beobachtet, sondern auch die tatsächliche Gewalt. „Das heißt, die Quantität nimmt zu. Wenn man eine Kurve der vergangenen zehn Jahre zieht, dann ist sie in allen Phänomenbereichen gestiegen, im Rechtsextremismus wie im Linksextremismus. Ebenfalls nimmt die Qualität der Gewalt zu, die Gewalt gegen Personen. Dabei handelt es sich um strategische Gewalt gegen Personen. Im Rechtsextremismus sehen wir als

Beispiel die Gewalt gegen Politiker wie gegen den Regierungspräsidenten in Kassel. Das ist eine geplante und eine gewollte Gewalt gegen bestimmte Personen."

Fatal werde es für die Demokratie, wenn man sich der Bedrohung beuge und den Kampf aufgebe. Noch gefährlicher für die Demokratie sei aber der Versuch der Einflussnahme. Freier: „Wir sagen dazu Entgrenzung. Das ist ein schwieriger Begriff. Er meint, dass Extremisten versuchen, die Stigmatisierung loszuwerden und in die Mitte der Gesellschaft zu gelangen."

Publikum

Im Rechtsextremismus beobachtet Freier zurzeit folgende Entwicklungen und Phänomene: Da sei zum einen der Rechtsextremismus, der dem klassischen Bild von Kameradschaft und subkultureller Szene entspreche, wie es sich zuletzt bei einem Rechtsrockkonzert in Themar, in Thüringen, geboten habe: „Bestandteil sind unter anderem Musik und Events wie Kampfsport. Dies ist der Teil des Rechtsextremismus, den wir noch als den klassischen sehen und der der gewaltbereite Rechtsextremismus ist."

Daneben entwickle sich eine „Neue Rechte" mit Gruppen wie zum Beispiel der „Identitären Bewegung". Freier zählt sie zu dem Teil des rechtsextremen Zentrums, der keine körperliche Gewalt ausübe. Vielmehr verkauften sie den Rechtsextremismus „in einer softeren Art, mit modernen Mitteln, einer aktuellen Sprache und auch anderen Begriffen", stellte er fest und nannte Beispiele: „Sie sagen nicht ‚Ausländer raus', sondern sie sagen ‚Remigration'. Das klingt harmloser, ist im Prinzip dasselbe: völkisches, nationalistisches Denken." Dies aber sei insbesondere für Jugendliche attraktiv. Freier: „Durch diese Strategie haben sie einen größeren Zulauf als der andere Teil des Rechtsextremismus."

Als Drittes gebe es „sogenannte Mischszenen". Als Beispiel dafür nennt der Verfassungsschützer Melanie Dittmer. Sie sei eine der Organisatorinnen für den Bereich einer rechtsextremen Bewegung, die in den vergangenen Jahren zwar Zulauf durch Rechtsextremisten, Rocker, Hooligans, Wutbürger und andere Personen mit einer rechten Gesinnung erfahren habe, dennoch nicht alle in einer rechtsextremen Organisation beheimatet. Freier: „Sie gehen auf die Straße und vermitteln den Eindruck, dass man jetzt gegen Ausländer und Migranten demonstrieren muss, um dem Staat zu zeigen, dass er es nicht schafft, uns Bürger zu schützen. Von diesen Organisationen, den sogenannten Mischszenen, gibt es in Nordrhein-Westfalen inzwischen etwa zehn. Sie demonstrieren immer wieder, unterstützen sich gegenseitig und schaffen so eine ganz andere Bewegung als eine Partei wie ‚Die Rechte', die sehr stark unter sich bleibt."

Und nicht zuletzt komme jetzt eine rechtsextremistische Gruppe hinzu, die den Beginn des Rechtsterrorismus markiere, sagte der Chef des NRW-Verfassungsschutzes. Es seien Gruppen wie die „Atomwaffendivisi-

on“ (AWD). Diese „Atomwaffendivision“ sei eine Organisation aus den USA, „äußerst gewaltbereit, äußerst radikal, und das Schwierige, was hinzukommt, ist: sehr stark strategisch denkend“. Das unterscheide sie von Gruppen, die zur Zeit der Flüchtlingskrise 2015 bis 2017 die eher spontanen Übergriffe auf Flüchtlingsheime verübten. Das seien nicht organisierte Täter aus dem Umfeld des Rechtsextremismus gewesen, analysierte Freier. „Eine Organisation wie die AWD ist ganz anders organisiert. Sie wollen Chaos schaffen in der Gesellschaft, auch durch Straftaten, und in diesem Chaos dann ihre eigene Ideologie durchsetzen. Es ist der Versuch, bürgerkriegsähnliche Szenarien zu schaffen.“ Auf dieser Grundlage dann, so das Kalkül der Terroristen, glaube man, seine Ideologie besser durchsetzen zu können. Freier: „Das ist also eine Steigerung der Gewalt, aber verbunden mit einer Planung und einer Strategie, die aus unserer Sicht sehr viel gefährlicher ist als eine rechtsextremistische Demonstration.“

Ein fünftes Phänomen in der rechtsterroristischen Szene zeige sich in den Attentaten von Christchurch und Halle. Beide Männer nutzten die Bildästhetik und Mechanik eines ganz normalen Ego-Shooter-Spiels am heimischen Computer, führte Freier aus: „Wenn Sie sich die Aufnahmen nebeneinander ansehen, dann sehen Sie die Ähnlichkeiten. Die beiden Täter von Christchurch und Halle haben in einem Manifest dargelegt, welches Ziel sie sich aussuchen. Ihre Taten haben sie gefilmt und als Livestream ins Netz übertragen. Es wurde genauso gefilmt, wie es die Sehgewohnheit der Zuschauer aus Ego-Shootern kennt. Auch ihre Ausrüstungen zur Tatausführung wurden vorher geplant, vorbereitet und entsprechend gefilmt.“

Das Besondere an diesen Taten sei, dass sie geeignet seien, Nachahmer zu finden. Potenzielle Nachahmer seien ein besonderes Problem für die Sicherheitsbehörden, da diese Taten noch einmal mehr über die bisherige Ideologie des Rechtsextremismus hinausgingen.
Rechtsextreme Ideologie beruhe auf der Behauptung, die Menschen seien nicht gleich, sondern ungleich. Derjenige, der anders sei, so Freier, werde als Feind betrachtet. Die neue Dimension des Denkens und Handelns sei die Schlussfolgerung, dass man den Feind bekämpfen müsse, und zwar so, dass man ihn auch töten könne.
Den zuvor analysierten Entwicklungen und Phänomenen ordnete der NRW-Verfassungsschützer die entsprechenden Täterbilder zu: So handele es sich bei den Morden des NSU oder der Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke „um den klassischen Teil des Rechtsextremismus: in der realen Welt vernetzt und in der realen Welt in diese rechtsextreme Ideologie gekommen“.

Dagegen seien die Täter zur Zeit der Flüchtlingskrise 2015 bis 2017, die Übergriffe auf Flüchtlingsheime durchführten, zu 75 Prozent nicht im Rechtsextremismus organisiert gewesen, sondern tummelten sich vielmehr im Umfeld. „Es ist ein Umfeld, das noch über die Personen, die wir in den Verfassungsschutzberichten identifiziert haben, hinausgeht.“

Täter wie in Christchurch, Halle, El Paso oder Anders Breivik in Norwegen seien Menschen, die sich im Internet radikalisierten, dort ihre Ideologie gefunden hätten und international vernetzt seien.
„Was heißt internationale Vernetzung oder Radikalisierung?“, fragte Freier. Nehme man diese Täter in den Blick, stoße man häufig auf ein Manifest. Der Chef des NRW-Verfassungsschutzes führte dazu als Beispiel den Täter von El Paso im US-amerikanischen Bundesstaat Texas und seinen

Angriff in einem Supermarkt von „Walmart“ an. Der 21-jährige Mann tötete dabei Mitte August 2019 22 Menschen. Freier zitierte aus dem kurz zuvor veröffentlichten „Manifest“ des Täters zwei Sätze: „In general, I support the Christchurch shooter“ („Grundsätzlich unterstütze ich den Schützen von Christchurch“) und: „This attack is a response to the Hispanic invasion of Texas“ („Diese Attacke ist eine Antwort auf die hispanische Invasion in Texas“). Freier: „Das heißt also, die Invasion der Spanier ist das, was er bekämpfen will. Diese Art der Ideologie ist das, was uns im Moment die allergrößte Sorge bereitet.“

„The Great Replacement“ bedeute dabei Folgendes: Die rechtsextremistische Ideologie fuße auf der Vorstellung, dass die Welt durch Muslime übervölkert werde, und zwar so, dass die weiße Rasse von Muslimen und Einwanderern verdrängt und vertrieben und deshalb verschwinden werde. Übertragen durch das Internet werde diese Ideologie weltweit vertreten. Um also das Verschwinden der weißen Rasse zu verhindern, müsse man Muslime und Einwanderer bekämpfen, und zwar heute. Heute schon müsse man dafür so viele wie möglich umbringen, denn morgen könnte es schon zu spät sein. „Das war die Idee von Christchurch und Breivik.“

Alternativ müsse man Unruhe stiften, das heißt einen Bürgerkrieg anzetteln. „Das ist die Idee zum Beispiel von so etwas wie ‚Atomwaffendivision‘.“ Mit dieser Idee könne man dann die weiße Rasse retten. Freier: „Diese Ideologie ist so stark im Rechtsextremismus, dass das, wie wir beobachten, im Moment eine der führenden Ideologien und auch der führende Anreiz für Rechtsextremisten ist zu agieren. Agieren heißt mit Gewalt agieren. Das ist eine Herausforderung für alle, auch für die Gesellschaft und für die Sicherheitsbehörden.“

Der Verfassungsschutz beobachte, wie im Internet Gruppierungen entstehen, die dann anschließend in die Realwelt übergingen. Ein erstes Beispiel sei die „Oldschool Society“ gewesen. Die Entwicklung beschrieb Freier so: „Die Organisation ist im Internet entstanden. Dann haben sie sich in der Realwelt getroffen und überlegt, Übergriffe auf Flüchtlingsheime durchzuführen, immer mit demselben Ziel. Der Kreis schließt sich, wenn man sich überlegt, dass dieses ‚The Great Replacement‘ jetzt und schon länger im deutschen Rechtsextremismus Fuß gefasst hat. Die ‚Identitäre Bewegung‘, die sich zunächst nicht als gewaltbereit nach außen zeigt, hat dieselbe Ideologie des ‚großen Austauschs‘.“

Auch die Gruppe der „Reichsbürger“ ordnete der NRW-Verfassungsschutzchef dem Rechtsextremismus zu. Dies nicht nur wegen ihrer Ideologie, sondern weil einige auch Waffen besäßen und ihr vermeintliches Reich mit Waffen verteidigen wollten. Freier: „Das ist skurril und schräg in der Ideologie, aber gefährlich in der Ausführung. Nach unseren Feststellungen haben wir in Nordrhein-Westfalen 3.200 Reichsbürger, bundesweit 19.000. In der Ideologie ist das ein Gemisch aus Steuerverweigerern, Verschwörungstheorie und Rechtsextremismus.“

Das Internet sei voll von Theorien, Meldeblöcken und Formularen für Reichsbürger. Auch hier lasse sich beobachten, dass das Internet den Anreiz verstärke, sich mit dieser Ideologie zu beschäftigen. Zwei Drittel der Reichsbürger lebten auf dem Land. Der größte Teil sei männlich und über 50 Jahre alt.

Salafismus und Islamismus

Auch für den Extremismusbereich Salafismus und Islamismus vermochte der Leiter

des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes keine Entwarnung zu vermelden. 3.100 Salafisten zählte seine Behörde in Nordrhein-Westfalen Anfang Dezember 2019. Das seien Personen, deren Daten der Verfassungsschutz gespeichert habe und dem politischen oder dem dschihadistischen Salafismus zuordne. 800 von ihnen werden als gewaltbereit eingestuft und stehen unter Beobachtung. Zum Vergleich: Im Rechtsextremismus gebe es 2.000 gewaltbereite Personen.

Weiter beobachte der Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen 118 Moscheen, weil sie extremistisch seien, extremistisch agierten oder extremistische Einflüsse hätten. 70 Moscheen davon seien salafistisch beeinflusst. Bezogen auf die Gesamtzahl der Moscheen in Nordrhein-Westfalen, etwa 850, sei dies ein Zehntel, „und das ist recht viel", befand Freier. „Wir haben im Salafismus im Moment 20 Szenen, also 20 größere Gruppen, die in unterschiedlichen Städten agieren, die sich untereinander kennen, die missionieren, die immer weiter in den Untergrund gehen. Sie sind noch da, aber sie haben gelernt, sich vor den Sicherheitsbehörden zu tarnen, und deswegen sind sie für die Öffentlichkeit schwerer zu erkennen."

Neben diesen Szenen gebe es noch fünf überregionale Netzwerke. Diese Netzwerke stünden unter besonderer Beobachtung, weil sie Verbindungen bis ins Ausland unterhielten und professionell missionierten.

Knapp 20 Prozent der Salafisten seien Frauen, analysierte Freier weiter. Die Frauen hätten die Aufgabe, innerhalb der Familien und innerhalb der Netzwerke die Propagandaarbeit und die Ideologieschulungen durchzuführen und die Vernetzungen zu organisieren. Freier: „In Nordrhein-Westfalen haben wir Islamisten in Haft, deswegen übernehmen Frauen die Rolle, die früher Männer innegehabt haben. Noch schlimmer für uns ist die Tatsache, dass sie ihre Kinder genau in diesem Sinne erziehen und deswegen eine zweite und dritte Generation des Salafismus als Inlandsextremismus großziehen."

Burkhard Freier und Dr. Lothar Theodor Lemper

Als die größte Herausforderung für die Sicherheitsbehörden im Bereich des Salafismus bezeichnete der Verfassungsschützer zum einen die Rückkehrer. „Diejenigen, die zurückkehren, sind hoch ideologisiert, sie sind an Waffen ausgebildet, und vor allen Dingen sind sie international vernetzt." Für die Sicherheitsbehörden habe das zur Folge, jeden, der zurückkehre, im Blick zu haben. Es gebe gute Meldewege in Deutschland, erläuterte Freier. „Wir erfahren sofort, wenn jemand zurückkehrt, der dann direkt am Flughafen festgenommen wird. Und wenn dazu nicht die Möglichkeit besteht, beobachten wir und die Polizei ihn so lange, bis wir wissen, wo er hingeht und was er tut."

Viele Frauen und Kinder kehrten ebenfalls zurück, weil sie von den Sicherheitsbehörden im Nordirak, den kurdischen und auch den türkischen Gruppen zurückgeschickt würden. Auch hier gelte, dass viele dieser Frauen hoch ideologisiert, insbesondere aber dass ihre Kinder hoch ideologisiert

und traumatisiert seien. Freier: „Sie müssen sofort von den Jugendbehörden aufgenommen werden. Die Traumatisierung und die Radikalisierung müssen mit den Möglichkeiten des Jugendamtes bekämpft werden. Dort setzen wir präventiv an. Wir haben im Moment in Nordrhein-Westfalen 13 Frauen mit 33 Kindern, die zurückgekehrt sind, und engstens betreut werden müssen."

Ein ähnliches Problem sieht der Verfassungsschützer bei Salafisten und Islamisten, die nach ihrer Haftzeit entlassen werden. Freier bezifferte die Zahl der Salafisten in Haft auf über 60, der Islamisten auf bis zu 100. Wenn die Resozialisierung nicht gelinge, müsse man sich um sie kümmern. Freier: „Wenn man einmal ein richtiger Underdog gewesen ist und ganz unten in der Gesellschaft gestanden hat, dann ist man so tief unten, dass man gar nichts mehr verlieren kann. Kommen dann Gruppen wie Salafisten, findet man dort schnell einen Zugang und Aufnahme. Und das müssen wir verhindern, da die Gefahr besteht, dass salafistische Milieus entstehen."

Eine weitere problematische Gruppe seien die Gefangenenbetreuungen. Freier nannte als Beispiel einen der wichtigen Akteure: Bernhard Falk. „Er war früher Linksterrorist, jetzt ist er Salafist." Eine andere Organisation nenne sich „Al Asraa", das heißt „die Gefangenen". „Beide Organisationen geben sich größte Mühe, die Häftlinge zu betreuen in dem Sinne, dass sie eben nicht resozialisiert werden, sondern dass sie in der Szene bleiben. Daher haben wir engen Kontakt zu den Justizvollzugsanstalten, um genau das zu verhindern."

Daneben tummelten sich Organisationen wie „Ansaar International" oder „Helfen in Not" oder „Afrika Brunnen", „Medizin mit Herz". Dies seien Benefizorganisationen, die davon ausgehen: „Wir sind die Opfer, und wir wiederum helfen auch den Opfern, daher sind wir auf eure Spenden angewiesen." Dafür würden Veranstaltungen organisiert, auf denen rekrutiert werde. „Das konnten wir so stark nachweisen", sagte Freier, „dass jetzt bei ‚Ansaar International' ein Vereinsverbotsverfahren läuft und die Gerichte entschieden haben, dass der Verfassungsschutz ‚Ansaar International' im Verfassungsschutzbericht erwähnen kann."

Linksextremismus

Auch im Extremismusbereich des Linksextremismus beobachtet der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz eine Zunahme der Gewalt. So habe sich mittlerweile die im Linksextremismus nicht geschriebene Übereinkunft aufgelöst, es gebe nur Gewalt gegen Sachen, aber nicht Gewalt gegen Personen. „Heute geht es auch um Gewalt gegen Personen", hob Freier hervor. „Wenn Sie sich ein Beispiel aus Sachsen ansehen, dass Linksextremisten in ein Haus stürmen, die Wohnungsinhaberin ins Gesicht schlagen und auf ‚Indymedia' posten: ‚Wir könnten ja auch Bagger anstecken, damit bestimmte Bauvorhaben nicht durchgeführt werden. Aber wenn wir einen Bagger anstecken, dann zahlt die Versicherung. Also machen wir das, was den Menschen weh tut, schlagen ihnen ins Gesicht.'"

Der Verfassungsschützer schlussfolgert daraus, dass für Linksextremisten Gewalt gegen Personen Bestandteil ihrer Strategie ist. „Das ist schon etwas, was auch beobachtet werden muss, weil es sozusagen eine Gewalt ist, die Rücksichtnahme auf Menschen nicht mehr verinnerlicht hat."

Eine Sicherheitsbehörde wie der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz gewinne im Rahmen seiner operativen Maßnahmen Erkenntnisse darüber, wer sich radika-

lisiere, warum er sich radikalisiere, und insbesondere, von wem er radikalisiert werde. Dieses Wissen werde genutzt für die Entwicklung verschiedener Präventionsprogramme, die der NRW-Verfassungsschutz aufgelegt habe und die immer stärker liefen.

Präventionsprogramme

Freier nannte beispielhaft das Programm „Wegweiser“, das der Verfassungsschutz steuere und organisiere. Durchgeführt wird es in den Kommunen von privaten Trägern wie zum Beispiel der AWO. „Die Idee ist, zu versuchen, mit unserem Wissen, aber losgelöst von uns, vor allen Dingen an Jugendliche heranzutreten und sie aus dem Salafismus herauszuholen, bevor sie richtig eingestiegen sind“, erläuterte der NRW-Verfassungsschützer. Weiter gehöre dazu, Eltern, Lehrer und das Umfeld zu beraten und die Jugendlichen in einer Einzelfallbetreuung aus dem Salafismus herauszulösen.

Freier weiter: „Wir bekommen vor allen Dingen Anfragen von Müttern, Lehrerinnen und Schwestern, von Frauen deutlich mehr als von Männern. Von den Schulen bekommen wir in erster Linie die Fragen gestellt, was können wir tun, wenn der Junge auf dem Schulhof den Gebetsteppich ausrollt, und ob er dann Salafist sei. Für diese alltäglichen Fragen sind die externen Beraterstellen da. Bislang haben wir über 20.000 Anfragen von diesem Umfeld gehabt, um Hilfe für einen möglicherweise Abrutschenden zu bekommen. Manchmal stellen wir dann auch fest, er ist gar nicht abgerutscht. Das ist kein Salafismus, das ist Religion. Aber das muss man erkennen. Und wir haben in Nordrhein-Westfalen jetzt bis Ende des Jahres 25 Stellen, das heißt, wir sind in Nordrhein-Westfalen flächendeckend in jeder Kommune, in jedem Kreis gibt es Beraterstellen.“

Für den Rechtsextremismus hat der NRW-Verfassungsschutz das Programm „VIR – Veränderungsimpulse setzen bei rechtsorientierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen“ aufgelegt. Die Idee dahinter: „Zwischen-Tür-und Angelgespräche mit Jugendlichen – wie kann man als Lehrer, im Sportunterricht, in der Jugendgruppe, wo auch immer, rechtsextreme Äußerungen, die mal so im Flur fallen, ‚ich arbeite bis zur Vergasung‘ oder solche Sprüche, hinterfragen und fragen, was meinst du damit und was heißt das eigentlich?“

Mit diesem Präventionsprogramm des NRW-Verfassungsschutzes werden Trainer geschult ähnlich der Funktionsweise eines Schneeballsystems. „Wir haben 120 Trainer trainiert, deren Aufgabe es ist, für Sport, für Schule, für Freizeit Trainer zu trainieren“, beschrieb Freier das Programm. In einer Schulungsreihe, die drei Tage dauere, werde erklärt, was das für Sprüche seien, warum sie extremistisch seien und wie man dagegen argumentieren könne. „Die Kunst ist es, einem Jugendlichen, der nur drei Minuten zuhört, in nur drei Minuten zu erklären, was das eigentlich bedeutet.“

Für alle Extremismusbereiche organisiere der NRW-Verfassungsschutz Aussteigerprogramme mit eigenen Leuten, darunter Sozialwissenschaftler, Politikwissenschaftler, Polizisten, Psychologen und Soziologen. Das Ziel sei, mit diesem multiprofessionellen Team Personen aus der Szene, aus dem „Hardcore-Extremismus“ herauszulösen. Freier: „Das sind Gefährder oder so jemand wie Sven Lau, der fünf Jahre in Haft sitzt, weil er andere junge Menschen quasi in die Krisengebiete gelockt hat, weil er Hasspredigten durchgeführt hat. Wir haben ihn aus der salafistischen Szene herausgeholt, weil wir schon in den Haftanstalten die Betreuung beginnen.

Weil aus unserer Sicht das beste Mittel im Kampf gegen Extremismus ist, erstens sie aus der Szene herauszuholen, zweitens damit die Szene zu schwächen. Das ist sehr aufwändig, aber es ist hilfreich. Wir haben inzwischen in den Programmen über 200 Menschen aus dem Extremismus herausgeholt, die sonst wohl immer noch darin verankert wären."

Ein zweites Modul der Präventionsarbeit des NRW-Verfassungsschutzes seien „verbindende Maßnahmen". Dabei habe die Behörde Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit der Aufgabe betraut, eine Verbindung zwischen einer Sicherheitsbehörde und den sonstigen Bereichen von Gesellschaft, Politik und auch anderen Behörden aufzubauen. Weiter habe man einen Rückkehrkoordinator geschaffen mit dem Auftrag, die Koordination zu übernehmen, wenn jemand aus Syrien, aus dem Nordirak, aus der Türkei oder anderen Ländern zurückkehre. Das bedeute, dass der Rückkehrkoordinator eine Einschätzung treffe, ob der Rückkehrer eher ein Sicherheitsproblem darstelle oder eher ein Fall für das Jugendamt oder das Sozialamt sei, und er dann die Verbindung zu diesen Ämtern herstelle.

Freier: „Wir kriegen sofort mit, wenn jemand zurückkehrt, noch bevor er im Flugzeug ist, und können deswegen hier schon vorbereiten: Wer muss sich auf was vorbereiten? Welches Jugendamt muss sich auf welche Kinder einstellen? Und vor allen Dingen: Wer kommt zurück und was ist in Syrien mit ihm gewesen?"

Einen weiteren Verbindungsbeamten führe der NRW-Verfassungsschutz mit den Justizvollzugsanstalten. Denn dort bestehe die Gefahr, dass eine Radikalisierung stattfinde oder sogar beschleunigt und verstärkt werde, und man sei dort empfänglich für solche Botschaften, weil man ohnehin am Ende sei oder in der Gesellschaft ganz unten stehe. Der Verbindungsbeamte informiere die Justizvollzugsämter, die nicht immer sofort wissen können, ob gerade ein Rechtsextremist oder Salafist einsitze. Umgekehrt erhalte der Verfassungsschutz Informationen zu potenziellen Kandidaten für die Aussteigerprogramme.

Die Erfahrungen aus dem „Wegweiser"-Programm hätten gezeigt, dass „Wegweiser"-Stellen nicht immer erkennen können, wann jemand auf dem Weg sei, in die Szene zu rutschen, oder ob er sich schon längst in der Szene befinde. Deshalb habe der NRW-Verfassungsschutz einen Sicherheitsbeauftragten installiert, der Stellen bei der Frage berät, wann die Radikalisierung beginnt, so stark zu sein, dass sie ein Sicherheitsproblem ist und nicht mehr durch Prävention gelöst werden kann.

Das Programm wahre auch den Datenschutz. Freier: „Wir, als Verfassungsschutz, bekommen keinerlei Daten von Personen, die in diesen Beratungen sind. Wir bekommen nur den abstrakten Fall und können dann bewerten, hier ist die Grenze überschritten oder nicht." Ziel sei es, den Vertrauensraum zu erhalten. Dafür sei es wichtig, eben keine Daten auszutauschen. „Wir haben unsere Organisationen so getrennt, dass wir gesagt haben, wenn die Prävention beginnt, hört die Operation auf. Es gibt keinen Datenaustausch zwischen den beiden Stellen."

Und schließlich biete der NRW-Verfassungsschutz in dem Projekt „Kommunen gegen Extremismus" Städten und Gemeinden seine Kompetenz in Extremismusfragen an. Mit der Wissenschaft habe der NRW-Verfassungsschutz ebenfalls eine Zusammenarbeit aufgebaut. „Wir haben festgestellt, dass wir Fragen haben, die wir selbst nicht lösen können", sagte Freier. Dabei gehe es etwa um Fragen wie:

Wie kann man Radikalisierungswege im Internet erkennen? Wie kann man Radikalisierungswege erkennen und bekämpfen, wenn es besonders schwierig ist, zum Beispiel auf die Eltern oder auf das Umfeld zuzugehen? Oder wenn man ein Programm hat wie „Wegweiser“: Ist das tatsächlich wirkungsvoll? So stelle sich der NRW-Verfassungsschutz auch einer unabhängigen Evaluation seiner Programme. Unabhängig, weil man sich die Wissenschaftler nicht aussuche, sondern die Aufgaben und Aufträge extern ausschreibe. Freier: „Wenn man so will, lassen wir uns unabhängig prüfen.“

Wichtig bei der Prävention sei, dass die Inhalte auch die Zielgruppen erreichten. Die „Hauptklientel“ seien Jugendliche und Heranwachsende zwischen zwölf und 21 Jahren. Dafür hatte der NRW-Verfassungsschutz zum Beispiel einen Stand auf der Videospielmesse Gamescom. Dort stellte die Sicherheitsbehörde sich und ihre Themen vor. Das Interesse sei sehr groß gewesen, sagte Freier: „Über 1.500 Jugendliche waren am Stand und haben sich schlaugemacht, auch kritisch.“

Die Stärkung der Medienkompetenz und der bewusste Umgang in und mit digitalen Medien sind für den Verfassungsschutz ein wichtiges Thema. Videospiele und Gaming seien für Rechtsextremisten gerade besonders attraktiv, da man in den digitalen Welten leicht in Kontakt treten und darüber kommunizieren könne, hob der Leiter des NRW-Verfassungsschutzes hervor. Deswegen habe seine Behörde zusammen mit der Staatskanzlei ein Videospiel für Jugendliche mit dem Schwerpunkt „Neue Rechte“ und dem Thema „The Great Replacement“, der große Austausch, produziert. Ziel sei es, Jugendliche und junge Erwachsene mit dem Spiel aufzuklären und dafür zu sensibilisieren, was in diesem Zusammenhang gerade passiere und welche Rolle das Internet dabei spiele. Ein professioneller Spieleentwickler stehe Verfassungsschutz und Staatskanzlei dabei zur Seite.

Freier: „Damit haben wir eine Reihe von Bausteinen in der Prävention, die insgesamt möglichst alle Bereiche abdecken sollen, um gerade diese jungen Zielgruppen zu erreichen mit den Möglichkeiten und vor allem in der Welt, in der diese Gruppen leben.“ Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat dieses gemeinsame Videospielprojekt im August 2020 der Öffentlichkeit vorgestellt. Das Angebot ist unter www.leon.nrw.de erreichbar und wird kostenfrei zur Verfügung gestellt.

Offene Gesellschaft und Rechtsstaat versus Extremismus – Wie sollen Staat und Gesellschaft handeln?

Vortrag von Peter Biesenbach, Minister der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen, CDU, MdL

Für die Einladung zum diesjährigen Forum Migration danke ich herzlich. Mit dem Thema, unter dem die heutige Veranstaltung steht („Aktueller Extremismus – Gefahren für unsere Gesellschaft"), greifen Sie eine gleichermaßen hochbedeutsame wie hochaktuelle Problematik auf. Die Fragen, wie die offene Gesellschaft und der Rechtsstaat mit Extremismus umgehen sollten, was Staat und Gesellschaft Extremismus entgegenzusetzen haben, sind auch mir ein wichtiges politisches und persönliches Anliegen – und das nicht erst seit mehreren schrecklichen Vorkommnissen in Deutschland und Europa in der jüngeren Vergangenheit.

Mit dem Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke im Juni dieses Jahres, der tödlichen Messerattacke im Pariser Polizeipräsidium am 3. Oktober und dem Mordanschlag auf jüdische Mitbürger in der Synagoge in Halle am 9. Oktober 2019 stehen uns die Gefahren des Rechtsextremismus und des Islamismus so nahe vor Augen wie schon lange nicht mehr. Auch linksextremistische Aktivitäten sind weiterhin präsent, wie etwa die massive Gewaltausübung gegen Polizisten durch militante Klimaschützer im Zusammenhang mit Baumhausräumungen im Hambacher Forst im vergangenen Jahr belegt.

Wir beobachten, dass eine Verrohung des öffentlichen Diskurses und eine künstliche Konstruktion von Bedrohungsszenarien den Nährboden für Taten aktionshungriger, gewaltaffiner Extremisten bereiten. Viele dieser Täter legitimieren sich über Verschwörungstheorien und verschaffen sich in ihren sozialen Echokammern Bestätigung und Anerkennung für ihr extremistisches Gedankengut.

Der Extremismus von rechts wird mitunter befeuert durch islamistische Taten und provoziert seinerseits Gegenreaktionen. So erklärte der Attentäter von Christchurch/Neuseeland in seinem sogenannten Manifest, er antworte auf die Bedrohung durch die islamistischen Anschläge in Europa. Nach Christchurch reagierte der IS mit Rachebekundungen. Extremistische Gewalt erzeugt neue extremistische Gewalt, ein Teufelskreis.

Peter Biesenbach, *Minister der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen, CDU, MdL*

Auffällig sind die Ähnlichkeiten in Sprache, Methodik und Legitimation der Extremisten verschiedener Lager. Um ihre Ziele zu erreichen, suchen sie die Verunsicherung und Spaltung unserer Gesellschaft in Freund und Feind. Das Spektrum ihrer Methoden ist

breit gefächert. Es reicht von subtiler Akquise im bürgerlichen Milieu bis hin zu offenen Morddrohungen. Extremisten wollen den Rückzug aus politisch-gesellschaftlichem Engagement, um unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung zu destabilisieren. Sie konstruieren Feindbilder, um Minderheiten zu diffamieren, um Misstrauen zu säen und zu manipulieren.

Bereits der stetig wachsende Umfang des jährlich erscheinenden Verfassungsschutzberichts des Landes Nordrhein-Westfalen macht deutlich, dass Extremismus jeglicher Couleur und Erscheinungsform derzeit auf dem Vormarsch ist. Es ist meine feste Überzeugung, dass wir uns dieser Entwicklung entschlossen entgegenstellen müssen, bevor weitere Menschen physisch zu Schaden kommen – freilich ohne dabei unsere Freiheit und den Rechtsstaat aufzugeben, die unsere offene Gesellschaft so auszeichnen. Der Rechtsstaat selbst muss das Instrument sein, mit welchem wir extremistischen Bestrebungen begegnen, und so die Überlegenheit eines Systems der Freiheit und Mäßigung gegenüber dem Extremismus demonstrieren, der sein rigides Weltbild mit Absolutheitsanspruch durchsetzen möchte.

Zu dieser schwierigen Gratwanderung möchte ich aus der Perspektive der Justiz und meines Ministeriums im Folgenden einige Gedanken formulieren.

Zunächst: Was bedeutet der Begriff des Rechtsstaats? Welche Rolle spielt er in einer offenen Gesellschaft, die von Extremisten bedroht wird?

Vor kurzem erst hat bei einer Straßenumfrage zur Bedeutung des Rechtsstaats, die wir selbst durchgeführt haben, eine Frau aus Syrien für uns eindrucksvoll erklärt, dass sie wisse, was es bedeute, in einem Unrechtsstaat zu leben. Sie sei nach Deutschland gekommen, weil dies ein Rechtsstaat sei.

Kaum einer der Befragten hat die Wertigkeit des Rechtsstaats plastischer aufzeigen können. Für viele erscheint der Rechtsstaat demgegenüber eher als eine abstrakte, vage Größe oder eine Selbstverständlichkeit, an die man sich gewöhnt hat. Vielen fiel es schwer, sich konkreter zu positionieren. Einige haben ein eher schiefes Bild vom Rechtsstaat oder verwechseln ihn mit dem Begriff der Demokratie. Manche sehen vor allem andere in der Pflicht, wenn es um Rechtsstaatlichkeit geht. Wenn von einem starken Rechtsstaat die Rede ist, wird teilweise auch ausschließlich an Repression gedacht. Der Staat soll hart durchgreifen und für Ordnung sorgen.

Mein Anliegen ist es, einen Diskurs mit- und neuzugestalten, der unserem Rechtsstaat wieder mehr Geltung verschafft. Denn die Stärke eines Rechtsstaats lebt von seiner Akzeptanz.

Unser Rechtsstaat regelt unser Zusammenleben auf dem Fundament des Grundgesetzes. Er gewährt Frieden und größtmögliche Freiheit für jeden Einzelnen, er sorgt für Sicherheit und Stabilität. Er schützt den Schwächeren und sorgt für gerechten Interessenausgleich. Er bindet den Staat an Recht und Gesetz. Die Grundrechte sind der Maßstab rechtsstaatlichen Handelns.

Keine andere Gesellschaftsform als der demokratische Rechtsstaat kann Frieden und Freiheit sowie Sicherheit und Stabilität besser gewährleisten. Der Rechtsstaat ist der Rahmen und das Rückgrat unserer Demokratie. Er hat sich in dieser Form nun schon 70 Jahre bewährt. Ich halte dies für eine der größten Errungenschaften unserer Zeit.

Diesen Rechtsstaat zu verteidigen und seine Geltung sicherzustellen und zu fördern, ist gerade auch die Aufgabe des Justizressorts. Mein Haus arbeitet in vielen Projekten daran, dies auch künftig zu gewährleisten.

Ich möchte die heutige Gelegenheit dazu nutzen, einige hiervon kurz vorzustellen. Beginnen möchte ich mit dem weiten Raum des Internets, in dem Chancen und Herausforderungen der offenen Gesellschaft in ganz besonderem Maße aufeinanderstoßen. Wir nutzen wachsende Vernetzungen täglich gerne in Beruf und Privatleben.

Ein Alltag ohne permanent verfügbare Informationen zu allen denkbaren Themen ist kaum noch vorstellbar. Schrankenlose Kommunikation prägt unser Miteinander. Das Netz bietet für Wissenschaft und Wirtschaft ein nicht enden wollendes Innovationspotenzial. Die Welt steht jedem vom heimischen Schreibtisch oder Wohnzimmersessel aus offen. Diese wörtlich zu nehmende Offenheit der digitalen Gesellschaft bringt aber nicht nur Erleichterungen mit sich, sie macht auch verwundbar. Medienschlagzeilen über illegale Handelsplattformen im Internet, weltweite Hackerangriffe auf Millionen Accounts und Botnetzattacken führen uns dies in steter Regelmäßigkeit immer wieder vor Augen.

Unsere Verwundbarkeit im Netz betrifft aber nicht nur Daten oder materielle Güter. Im Internet werden auch fortwährend massive Angriffe auf Persönlichkeitsrechte und die Menschenwürde verübt. Wer sich öffentlich engagiert und äußert, riskiert es, zur Zielscheibe von Hassreden bis hin zu Morddrohungen zu werden. Der Präsident des Bundeskriminalamts bezeichnete das Internet deshalb kürzlich als scheinbar „letzte Bastion des Wilden Westens“. Beschimpfungen und Drohungen, die in der analogen Welt nur schwer von den Lippen kommen, gehen offenbar leichter über die Tastatur.

Schon 2015 warnte die Literaturnobelpreisträgerin Herta Müller: „Wenn Worte wie Volksverräter und Lügenpresse lange genug spazieren gehen, geht auch mal ein Messer spazieren“, als Henriette Reker ihr bei ihrer ersten öffentlichen Amtshandlung nach dem Messerattentat den Heinrich-Böll-Preis überreichte. Die Weite des Internets, die vernetzten Wege eröffnen weite Spazierwege. Wer schnell und anonym auf jede Nachricht einen Tweet in den Orbit schicken kann, lässt seine Worte ungebremst laufen. Aus einem Zwitschern kann leicht ein Sturm – ein ganzer Shitstorm – werden. Aus einem Satz werden viele. Der vielleicht sogar unbedachte Verfasser der ersten Nachricht tritt eine Lawine los, die nicht mehr kontrolliert werden kann. „Hass, Drohung, Gewalt“ – so lautete in diesem Jahr der Titel einer Polit-Talkshow nach dem Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke. Hass, Drohung und Gewalt sind die gefährlichen Eskalationsstufen, die mit einer Verrohung der Gesellschaft einhergehen und denen wir unbedingt entgegenwirken müssen.

Das Internet ist kein rechtsfreier Raum – ein einfacher, oft gesagter Satz, der hier besondere Dimensionen entfaltet. Straftaten dürfen im Netz natürlich genauso wenig toleriert werden wie in der realen Welt.

Persönlichkeitsrechte gelten digital und analog. Zugleich muss im Netz aber auch die Meinungsfreiheit im verfassungsrechtlich garantierten Umfang gelten. Es muss also möglich sein, unliebsame Kommentare, Einzelmeinungen und moralisch Zweifelhaftes online zu verbreiten. Das muss der Rechtsstaat um seiner Freiheitlichkeit willen aushalten. Kritik verbieten wäre der falsche Weg. Damit haben wir die berühmten zwei Seiten einer Medaille – die Persönlichkeitsrechte der Betroffenen und die Meinungsfreiheit der vielleicht Andersdenkenden. Und es kommt noch eine dritte Seite hinzu, die dem Ganzen eine neue Dimension, eine Tiefe gibt und die Gratwanderung besonders herausfordernd, zugleich aber auch bedeutsam macht: die Erhaltung einer Diskussionskultur als Grundlage jeder Demokratie.

Wenn man Gefahr läuft, mit den eigenen Worten zum Opfer von Hasskommentaren zu werden, halten nicht wenige sicher von vornherein den Mund, engagieren sich nicht weiter und werden so indirekt in ihrer eigenen Meinungsfreiheit eingeschränkt.

Es gilt, die verschiedenen Parameter mit dem erforderlichen Sachverstand, Erfahrungswissen und auch Fingerspitzengefühl miteinander in einen rechtsstaatlichen Einklang zu bringen. Wir alle wollen auch weiterhin in einem Land leben, in dem jeder seine Meinung frei sagen darf, doch Hass ist keine Meinung!

Publikum

Schon früh haben wir in Nordrhein-Westfalen erkannt, dass wir die Bekämpfung von Hate Speech umfassend angehen müssen. Umfassend in zweierlei Hinsicht: Zunächst einmal ist das bloße Löschen der Hassbotschaften keine Lösung. Bekämpfen heißt nämlich auch Verfolgen. Und um das gemeinsame Ziel zu erreichen, müssen Plattformbetreiber und Justiz eng zusammenarbeiten und die Arbeitsweise des jeweils anderen verstehen.

Medienunternehmen müssen den Mut und die Sicherheit finden, Kommentarspalten trotz vielleicht unliebsamer Kommentare nicht zu schließen. Andererseits müssen sie lernen, Strafanzeigen für die Postings einzusetzen, die strafrechtlich relevant sein können. Aus diesem Grund haben wir schon im Februar 2018 das Projekt „Verfolgen statt nur Löschen“ gestartet. In diesem Projekt hat die Zentral- und Ansprechstelle Cybercrime Nordrhein-Westfalen – abgekürzt „ZAC“ – gemeinsam mit der Landesanstalt für Medien, der Polizei und Partnern aus der Medienlandschaft Konzepte entwickelt, um die Bekämpfung von Hassreden im Internet zu verbessern. Auch Google und Facebook haben an Sitzungen der Projektpartner teilgenommen.

Es ist mir ein besonderes Anliegen zu betonen, dass sich das Projekt nicht gegen die Meinungsfreiheit richtet, sondern dazu beiträgt, die Meinungsvielfalt zu sichern. Mit Fortbildungen der Redakteurinnen und Redakteure fördert die ZAC nunmehr bereits seit fast zwei Jahren das Gespür für eine sichere Abgrenzung strafbarer Inhalte von erlaubter Meinungsäußerung. Durch die Projektteilnehmer erstattete Strafanzeigen wegen Hasspostings bearbeitet die ZAC zentral. Eine Vielzahl von Ermittlungsverfahren hat zu einem immer breiteren Erfahrungsschatz der dort tätigen Experten geführt. Eine konsequente Verfolgung strafbarer Inhalte trägt entscheidend dazu bei, Kommentarspalten offen zu halten und eine Diskussion auch zu streitigen Themen zu führen. Einmal jährlich nimmt die ZAC an einem bundesweiten Aktionstag in Abstimmung mit dem Bundeskriminalamt teil. Mit dem Projekt „Verfolgen statt nur Löschen“ schaffen wir Öffentlichkeit und Bewusstsein für die Folgen von Hasspostings.
Seit August vergangenen Jahres kooperieren wir in diesem Bereich auch mit dem Bundesamt für Justiz in Bonn.

Erlangt das Bundesamt als Aufsichtsbehörde nach dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz

Kenntnis von strafbaren Handlungen, etwa durch Anzeigen entsprechender Inhalte von Nutzern, werden diese Hinweise in Nordrhein-Westfalen zentral an die ZAC weitergegeben. So nutzen wir den besonderen Sachverstand, der sich bei der ZAC gebildet hat, um eine gleichbleibend hohe Qualität und Konsequenz in der täglichen Bearbeitung der Ermittlungsverfahren sicherzustellen.

Unser Beispiel macht Schule. Andere Länder kommen auf uns zu, um von unseren Erfahrungen zu lernen und vergleichbare Projekte ins Leben zu rufen. Auch der Bund ist bei seinen Plänen zur Bekämpfung von Hate Speech an der Expertise der ZAC interessiert.

Vor allem diejenigen, die sich öffentlich politisch oder gesellschaftlich engagieren und damit eine tragende Säule unserer Demokratie sind, werden in diesen Tagen zur Zielscheibe im Netz. Was im virtuellen Raum mit Worten beginnt, droht in einer Spirale des Hasses zu Gewalttaten zu eskalieren. Hasskommentare bedrohen hier die Demokratie ganz besonders.

Deshalb habe ich vor wenigen Wochen eine landesweite Zuständigkeit der ZAC für alle herausgehobenen Verfahren politisch motivierter Hasskriminalität im Internet eingerichtet. Zu den herausgehobenen Verfahren zählen sicherlich die, die Morddrohungen über Twitter oder Facebook zum Nachteil von Politikerinnen und Politikern zum Gegenstand haben. Opfer herausgehobener Verfahren können aber auch alle diejenigen sein, die sich in anderer Weise besonders für die Allgemeinheit oder Interessen von Minderheiten engagieren. Auch die zahlreichen Ehrenamtlichen, auf die unsere Gesellschaft unbedingt angewiesen ist, sind damit gemeint. Damit haben wir eine zentrale staatsanwaltschaftliche Anlaufstelle für diese gravierenden Hate-Speech-Fälle geschaffen, um mit einer konsequenten Strafverfolgung in Nordrhein-Westfalen ein deutliches Zeichen für Meinungsfreiheit und Meinungsvielfalt zu setzen. Die Bekämpfung von Hassreden im Netz ist mir ein besonderes Anliegen. Wir suchen hierzu immer wieder das Gespräch mit Strafverfolgern, Opferverbänden und der Wissenschaft, um noch besser zu werden. Das Gelingen der schwierigen Gratwanderung zwischen Meinungsfreiheit und Persönlichkeitsschutz liegt aber vor allem an Ihnen! Schalten Sie sich in Diskussionsprozesse ein! Setzen Sie Hass und verqueren Lügen etwas Wirkmächtiges entgegen! Sagen Sie Ihre Meinung! Eine Minderheit mit Hassbotschaften darf das Meinungsbild im Netz nicht dominieren. Hassbotschaften dürfen nicht zur Normalität werden – weder analog noch digital.

Repression ist die zwingende und unmittelbare Antwort auf extremistisch motivierte Straftaten. Bewegt sich eine Aussage oder ein Verhalten unterhalb der Strafbarkeitsschwelle, müssen indes andere Mittel greifen. Konsequente Strafverfolgung und Bestrafung haben zwar wichtige abschreckende Wirkung. Um gesellschaftliche Spaltung und Ausgrenzung zu verhindern und Zusammenhalt zu fördern, brauchen wir aber zusätzlich die vielschichtigen, komplementären Antworten der Präventionsarbeit.

Die Arbeit der Radikalisierungsprävention mit Justizvollzugsbeschäftigten und Inhaftierten bildet einen wichtigen Schwerpunkt in der justiziellen Extremismusbekämpfung. Hier darf kein Umfeld entstehen, das Radikalisierung begünstigt. Wir sind im Gespräch mit Forschern und Akteuren, die in diesem Bereich die besten Wege ermitteln, um Radikalisierungsverläufe zu erkennen und zu intervenieren.

Bedeutsam ist auch, den zu uns gekommenen Menschen aus anderen Kulturkreisen

die vielen Vorzüge des Rechtsstaats deutlich vor Augen zu führen und zu erklären. Die Verankerung eines rechtsstaatlichen Bewusstseins ist der beste Weg, um einem Abgleiten in Parallelgesellschaften und der damit verbundenen Gefahr einer Radikalisierung wirksam entgegenzutreten.
Damit komme ich zu einzelnen Maßnahmen, die wir mit einer großen Zahl an Experten aus Praxis und Wissenschaft im Rahmen der Ruhr-Konferenz erarbeitet haben. Ihre Umsetzung hat die Landesregierung in ihrer Kabinettsitzung am 5. November 2019 unter dem Schwerpunkt „Gelebte Vielfalt – starker Zusammenhalt“ beschlossen.

Dazu zählt zunächst das Projekt der „rechtsstaatlichen Lotsen“. Die überwiegende Anzahl der nach Deutschland flüchtenden Menschen ist in Staaten sozialisiert worden, die vollkommen anders organisiert sind. Hinzu kommt, dass sie ganz häufig Diskriminierungserfahrungen gemacht und den Staat als Feind kennengelernt haben. Von diesen Menschen ist kaum zu erwarten, dass sie sich ohne weiteres in unsere rechtsstaatlichen Strukturen einfinden. Das kann dazu führen, dass sie keinen Zugang zu Informationen, etwa zu den Zuständigkeiten innerhalb der Justiz, oder zu ihren Rechtsschutzmöglichkeiten oder auch zu Fragen der notwendigen Formalien haben. Briefe von Jugendämtern werden immer wieder falsch eingeordnet und – das ist tatsächlich ein sehr häufig berichtetes Beispiel – ohne Berücksichtigung der inhaltlichen Details als Angriff des Staates auf die Familie interpretiert. Die Liste der Beispiele ließe sich fortsetzen. Folge ist jedenfalls das Gegenteil von Integration. Deshalb müssen wir hier Hilfestellungen bieten. Uns schwebt vor, dafür rechtsstaatliche Lotsen auszubilden.

Rechtsstaatliche Lotsen sollen Personen sein, die ihrerseits Flüchtlingsgemeinschaften oder bestimmten ethnischen Gruppen angehören und anderen Angehörigen dieser Personengruppe eine qualifizierte Hilfestellung bei allen Fragen im Zusammenhang mit dem Rechtsstaat bieten. Sie sollen Orientierung bei behördlichen Schreiben geben, individuelle Anliegen erfassen, an die jeweils zuständigen Stellen vermitteln und so einen erfolgreichen ersten Zugang zum Rechtsstaat gewährleisten.
Unter der Überschrift „Vom Friedensrichter zum Rechtsmittler“ steht ein weiteres, besonders herausforderndes Vorhaben.

Es ist bekannt, dass Streitigkeiten in patriarchalischen Familienstrukturen häufig ohne Hinzuziehung der Justiz oder sonstiger staatlicher Einrichtungen beigelegt werden. Besonders betroffen sind familiäre Auseinandersetzungen und die Bestrafung für vermeintliches Fehlverhalten. Das Handeln solcher „Friedensrichter“ widerspricht rechtsstaatlichen Regeln in teilweise eklatanter Weise. In anderen Fällen, in denen rechtsstaatliche Standards eingehalten werden, ist die außergerichtliche Streitbeilegung demgegenüber durchaus nicht zu beanstanden.

Das Projekt „Vom Friedensrichter zum Rechtsmittler“ soll die in manchen Gemeinschaften geübte Praxis aufgreifen. Die unerwünschte Streitschlichtung in den Bereichen, die nach unserem Verständnis einer außergerichtlichen Regelung entzogen sind, soll ausdrücklich missbilligt und bekämpft werden. Für Fälle, in denen eine Konfliktlösung innerhalb der Gemeinschaften zu tolerieren ist, soll eine Alternative zu den Friedensrichtern geschaffen werden. Die von uns hierfür vorgesehenen Rechtsmittler müssen einerseits die notwendige Anerkennung und den notwendigen Rückhalt in den Gemeinschaften haben sowie andererseits in der Lage sein, aufgekommene Streitigkeiten rechtsstaatskonform zu lösen und im Falle eines Scheiterns der Schlichtung an die staatlichen Gerichte zu verweisen. Ein wichtiges Element zur Stärkung des rechts-

staatlichen Bewusstseins und zur Extremismusprävention ist außerdem die Bildung. Hier gilt tatsächlich, dass Wissen Vertrauen und Akzeptanz schafft. Für dieses Wissen wollen wir schon im Elementarbereich die Grundlagen schaffen, um es dann über die gesamte Schulzeit hinweg auszubauen. Zugleich soll ein Internetportal aufgebaut werden, das adressatengerecht, also zum Beispiel auch spielerisch, den Rechtsstaat und seine Werte näherbringt.

Wenn diese Formate entwickelt sind, könnten sie für andere Bereiche adaptiert werden. Hier denken wir insbesondere an die aufsuchende Bildung in Jugendzentren oder ähnlichen Einrichtungen.

Publikum

Ein Rechtsstaat, dem seine Bürger vertrauen und den sie in Anspruch nehmen, lebt selbstverständlich auch von einer guten Personalausstattung. Ich freue mich deshalb sehr, dass die Bundeskanzlerin und die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder Anfang des Jahres den sogenannten „Pakt für den Rechtsstaat“ geschlossen haben.

Zentrales Anliegen des Pakts ist die Verbesserung der Personalausstattung im Bereich der Justiz. Während der Bund unter anderem die Anzahl der Stellen beim Generalbundesanwalt erhöhen wird, werden die Länder im Rahmen ihrer Personalhoheit im Justizbereich von 2017 bis 2021 insgesamt 2.000 neue Stellen für Richter und Staatsanwälte zuzüglich des dafür notwendigen Personals für den Unterstützungsbereich schaffen und besetzen. Verfahren werden damit auch zukünftig ohne Qualitätsverlust innerhalb angemessener Zeit erledigt werden können.

Nordrhein-Westfalen ist auf einem guten Weg, die Vorgaben aus dem Pakt für den Rechtsstaat zur Schaffung neuer Stellen im Justizbereich zu erfüllen1. Überzeugt von der Notwendigkeit einer Beendigung der verfehlten Sparpolitik im Bereich der Justiz, sind mit den Haushalten 2018 und 2019 insgesamt 1.635 neue Planstellen und Stellen geschaffen worden, darunter 195 Planstellen für Richter und 121 Planstellen für Staatsanwälte. Auch in den kommenden Jahren der Legislaturperiode sollen weitere Stellen eingerichtet werden. 2020 werden 292 neue Planstellen und Stellen etatisiert, davon 29 Planstellen für Richter sowie 13 Planstellen für Staatsanwälte.

Zur Stärkung und Ausprägung eines rechtsstaatlichen Bewusstseins trägt auch die Sorge um den Erhalt oder sogar die Verbesserung der Rechtsschutzmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger gegenüber dem Staat bei. Es ist hoch zu schätzen und Zeugnis für einen funktionierenden und vertrauensbildenden Rechtsstaat, wenn die öffentliche Gewalt weitere Bedingungen für ihre eigene Kontrolle schafft.

In Nordrhein-Westfalen ist der Rechtsschutz in diesem Jahr insbesondere durch die Einführung der Individualverfassungsbeschwerde zum Verfassungsgerichtshof deutlich erweitert worden. Seit dem 1. Januar 2019 hat jeder die Möglichkeit, den Verfassungsgerichtshof mit der Behauptung anzurufen, durch die öffentliche Gewalt des Landes in

einem seiner in der Landesverfassung enthaltenen Rechte verletzt zu sein. Bereits die ersten Erfahrungen mit der Individualverfassungsbeschwerde zeigen, dass der Rechtsbehelf von der Praxis gut angenommen worden ist. Ich bin deshalb zuversichtlich, dass die Individualverfassungsbeschwerde einen nachhaltigen Beitrag zur Stärkung des Vertrauens in rechtsstaatliche Strukturen leisten wird.

Es wird oft gesagt, dass es keinen Königsweg im Kampf gegen den Extremismus gebe. Gemeint ist damit, dass die Herausforderungen und Ursachen komplex sind und die Maßnahmen entsprechend vielschichtig sein müssen. Einen Königsweg im Kampf gegen den Extremismus habe auch ich nicht. Die vorgenannten Beispiele sollen aber zumindest deutlich machen, wo wir als Staat, als Land Nordrhein-Westfalen, als Ministerium der Justiz tätig sind, um dem Extremismus die Grundlage zu entziehen und die freie, offene Gesellschaft zu stärken.

Aber der bloße Einsatz staatlicher Institutionen reicht natürlich nicht aus. Das Eintreten für die Werte des Grundgesetzes, für Toleranz gegenüber dem anderen und die Vielfalt unserer Gesellschaft erfordert von uns allen, von der Gesellschaft insgesamt, ein persönliches Statement.

Wir alle sind gefragt, in einem inklusiven Prozess unsere Gesellschaft zusammenzuhalten, indem wir die Gefahren von Extremismus und Ausgrenzung erkennen und bekämpfen, indem wir uns entschieden gegen Lügen, Manipulation und Radikalisierung stellen, indem wir den gesellschaftspolitischen Diskurs nicht denen überlassen, die Spaltung und Angst säen, indem wir den Menschen unseren Rechtsstaat erklären, nahbar machen und sie von ihm überzeugen und indem wir für Bildung sorgen und Menschen zur Teilhabe befähigen.

Unser Rechtsstaat bietet den idealen Rahmen und das Regelwerk hierfür. Wir können ihn mit Stolz hochhalten und ihn gemeinsam verteidigen. Aber nicht um seiner selbst willen, sondern um der Menschen willen, die hier leben.

In diesem Sinne freue ich mich über das schon jetzt große zivilgesellschaftliche Engagement vieler Menschen in unserem Staat, welches sich etwa auch in den vielfältigen Projekten der Otto Benecke Stiftung zeigt. Möge dieses Engagement dazu beitragen, das Bewusstsein aller für unsere Verantwortung für den Rechtsstaat weiterhin wachzuhalten und zu schärfen.

Aktuelle Entwicklungen des Extremismus – Gefahren für unsere Gesellschaft

Podiumsdiskussion mit
Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau, MdB, Die Linke
Gerhart Baum, Bundesinnenminister a.D., FDP
Wolfgang Bosbach, MdB a.D., CDU, ehemaliger Vorsitzender des Innenausschusses
Helge Lindh, MdB, SPD, Ausschuss für Inneres u. Heimat
Monika Düker, MdL, Fraktionsvorsitzende GRÜNE im Landtag NRW

In einem waren sich alle auf dem Podium einig: Rechtsextremistische Tendenzen sind in Deutschland in der Mitte der Gesellschaft angekommen. „Wir haben eine Bewegung in der Gesellschaft, die für die Demokratie gefährlich ist“, brachte es Gerhard Baum auf den Punkt: „Und das ist das Erstarken einer rechtsextremistischen Partei, die sich an die Naziideologie anlehnt. Das ist ein Virus, der wieder auflebt und jetzt in allen Parlamenten von Nord bis Süd, von den Metropolen bis in die Provinz sitzt und dort Politik macht, mit Geld, mit Ressourcen und mit Echo in der Wählerschaft.“

Podiumsdiskussion
v.l.n.r.: Gerhart Baum, Helge Lindh, Petra Pau, Joachim Frank, Monika Düker, Wolfgang Bosbach, Burkhard Freier

Wolfgang Bosbach fasste es so zusammen: „Der politische Extremismus, der Rechtsextremismus begegnet dir ja nicht unbedingt nur in Springerstiefeln. Er begegnet dir auch manchmal in Hundekrawatten. Das ist ge-

***Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau**, MdB, Die Linke*

„Elemente gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind keine Phänomene nur am Rand der Gesellschaft. Wenn wir also über die Gefahren des Rechtsextremismus sprechen wollen, dann müssen wir auch über die sogenannte Mitte der Gesellschaft sprechen – über die Skandale in den Sicherheitsbehörden, über überholte Hufeisenmodelle und nachhaltige Demokratiebildung. Denn durch die Veränderung des gesellschaftlichen und politischen Klimas fühlen sich auch Rechtsterroristen in ihrem Handeln legitimiert.“

rade das, was mich so auf die Palme bringt. Dieser bewusst bürgerliche Habitus, der aber nichts mit der politischen Ideologie zu tun hat.“

Beim Forum Migration 2019 diskutierten die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages Petra Pau, MdB (Die Linke), der ehemalige Bundesinnenminister Gerhard Baum (FDP), der ehemalige Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des Innenausschusses des Deutschen Bundestages Wolfgang Bosbach (CDU), der Innenexperte der SPD-Bundestagsfraktion Helge Lindh, MdB, die Fraktionsvorsitzende der Grünen im nordrhein-westfälischen Landtag Monika Düker, MdL, und der Chef des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes Burkhard Freier über das Thema: „Aktueller Extremismus – Gefahren für unsere Gesellschaft“.

Dr. Lothar Theodor Lemper und Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau

Petra Pau erinnerte an Erich Kästner, der 1956 im Rückblick gesagt hatte, man hätte die Ereignisse zwischen 1933 und 1945 spätestens 1928 bekämpfen müssen. Warum 1928? Pau: „Zu diesem Jahr bin ich auf ein Zitat von Joseph Goebbels gestoßen, der erklärte, warum man in den Reichstag einzieht. Dass man nämlich mit den Mitteln, die einem dort zur Verfügung stehen, in dieser Institution, als Feind kommt, wie der Wolf in die Schafsherde einbricht, um genau

Gerhart Baum, *Bundesinnenminister a.D., FDP*

„Es hat sich eine gesellschaftliche Bewegung entwickelt, die für unsere Demokratie gefährlich ist. Es ist das Erstarken einer rechtsextremistischen Partei, die sich an die Naziideologie anlehnt. Und das ist ein Virus, der wiederauflebt und nun in allen Parlamenten von Nord bis Süd sitzt. Diese Kräfte nutzen Ängste und Unsicherheiten von Menschen, die sich einsam und als Verlierer fühlen.

Es sind Ohnmachtsreaktionen, ob sie berechtigt sind oder nicht. Diese Menschen verachten Minderheiten, weil sie glauben, dass sie ihnen ihre Rechte streitig machen. Noch nie habe ich so einen starken Rechtsextremismus erlebt wie heute.“

diese demokratische Institution zu zerschlagen. Und vor einem Jahr hat Herr Höcke genau das als das Ziel für die Arbeit in den Parlamenten und für die drei Landtagswahlen in Ostdeutschland im Jahr 2019 auf den sogenannten Kyffhäusertreffen seiner Partei ausgegeben, in Anwesenheit des Herrn mit der Hundekrawatte, der dem auch nicht widerspricht."

Moderator Joachim Frank mit Monika Düker, MdL

SPD-Innenexperte Helge Lindh hat beobachtet, dass in Reden sehr bewusst und überhaupt nicht heimlich nationalsozialistisches Vokabular benutzt werde. „Sie verwenden Begriffe wie ‚Umvolken' oder ‚das Eigene und das Fremde'." Wenn dann nachgefragt werde, komme als Antwort: „Wir wollen nicht das Fremde als solches abwerten, nur trennen." Analysiere man diese Antworten vor dem Hintergrund der Migration, schlussfolgert Lindh, sei das letztlich so etwas wie Apartheitsvorstellungen. „Andererseits wird das Ganze bürgerlich verbrämt, und es werden die gesamten Instrumente des Demokratischen benutzt. Das heißt: Mit den Mitteln der Demokratie, aus der Demokratie heraus, wird die Demokratie in Frage gestellt und ausgehöhlt." Hier seien auch die Berührungspunkte zwischen manifester rechtsextremer Szene und der AfD, die sich in so einem Doppelgesicht zeige.
Deshalb habe die AfD in den Parlamenten eine wichtige Funktion für die Rechte,

Wolfgang Bosbach, *MdB a.D., CDU, ehemaliger Vorsitzender des Innenausschusses*

„Nein, es ist keineswegs selbstverständlich, dass wir in stabilen gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen leben. Leider!

Seit nunmehr 70 Jahren versuchen links- oder rechtsradikale Kräfte, in den letzten Jahren verstärkt auch religiös motivierte Extremisten, unsere freiheitliche Ordnung anzugreifen – da ist entschlossener und geschlossener Widerstand aller Demokraten wichtig. Wie ist die aktuelle Lage?

Wie können wir unsere Demokratie gegen ihre Feinde verteidigen? Was ist jetzt konkret zu tun? Selten war ein Forum aktueller, wichtiger als dieses."

befand die grüne Fraktionschefin im nordrhein-westfälischen Landtag Monika Düker. Denn schaue man sich die Studien an, wie sie auf dieser Tagung vorgestellt worden seien, „die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“, wie das genannt werde, dann stelle man fest, dass es das schon lange gebe. „Jetzt aber kommen in der Mitte der Gesellschaft demokratieablehnende Tendenzen hinzu, die sich noch weiter verstärken.“ Die AfD besetze mit ihrer Terminologie das eigentlich Unsagbare, und damit werde es sagbar. Düker: „So wird das immer weiter in die Mitte gerückt. Diese nationalsozialistische Terminologie, die es ja ist, wird von der AfD bedient. Und das führt letztlich hin zu einem Legitimationsmuster für terroristische Taten.“

Gerhard Baum geht davon aus, „dass viele Menschen so denken und dass sie Minderheiten verachten, weil sie glauben, dass die Minderheiten ihnen die Rechte streitig machen“. Er sieht aber auch einen „internationalen Prozess, der sich gegen die liberale Demokratie wendet, in Europa, in einigen Staaten und darüber hinaus“. Die Menschen würden ängstlich und sehnten sich zurück „an das Stammesfeuer. Sie möchten den Nationalstaat aufwerten. Sie haben überhaupt keine Sensibilität, dass wir in Europa nur weltoffen überleben können. Es sind also tiefgreifende Prozesse, die nicht allein mit den Fremden hier in Deutschland zu tun haben. Die Fremden waren ein Brandbeschleuniger. Die Krankheit sitzt tiefer.“

Die Demokratie sei vielfältigen Gefährdungen und Angriffen ausgesetzt, ergänzte Wolfgang Bosbach. Sicherlich sei die Wahrnehmung heute eine „verschärftere als vor der Enttarnung des NSU. Anders kann man es nicht sagen, auch aufgrund der Entwicklungen, die gerade hier völlig zutreffend angesprochen worden sind. Meine Lebenserfahrung sagt mir, Demokratien scheitern nicht, weil es zu viele Angreifer

Helge Lindh, *MdB, SPD, Ausschuss für Inneres u. Heimat*

„Notwendig ist ein Gesamtkonzept, das die Konsequenz und Härte in der Bekämpfung des Rechtsextremismus mit einem gesellschaftspolitischen Ansatz verbindet.

Erforderlich sind eine klare Benennung von Rassismus, antimuslimischem Rassismus und Antisemitismus sowie eine Erfassung und Bekämpfung durch die Institutionen, da es sich um ein strukturelles Problem handelt.

Die gestiegene Bedeutung drückt sich dadurch aus, dass die AfD als parlamentarischer Zweig des Extremismus die Demokratie gegen die Demokratie selbst kehrt.“

gibt, sondern Demokratien scheitern, weil sie zu wenige Verteidiger haben."
„Also, was ist zu tun?", fragte Moderator Joachim Frank. Zum einen müsse das „niedrigschwellige Nährbodenschaffen" der AfD gesamtgesellschaftlich bekämpft werden, betonte Burkhard Freier. Dabei setzt der Leiter des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes auf eine Verbesserung der Prävention und Stärkung der Medienkompetenz, insbesondere im Internet. Denn das große Problem des Internets sei, zu erkennen, „was ist Wahrheit und was ist Lüge. Was ist eigentlich Nachweis, also wann habe ich im Internet eigentlich eine Information, die gar nicht bewiesen oder nachgewiesen ist?" Extremisten nutzten nur das aus, was schon da sei. Freier: „Wenn wir als demokratische Gesellschaft etwas tun wollen, dann müssten wir jetzt spätestens anfangen, Eltern und Kinder mit diesem System vertraut zu machen. Dann habe ich eine viel nachhaltigere Bekämpfung dessen, was passiert, als wenn ich versuche, hinter einzelnen Tätern herzulaufen."

Wolfgang Bosbach, *MdB a.D., CDU*

Das war Wolfgang Bosbach „sehr sympathisch": Der ehemalige Vorsitzende des Innenausschusses des Bundestages verwies auf die Schwierigkeiten des Ermittelns im Netz. Da müsse man zunächst die IP-Adres-

Monika Düker, *MdL, Fraktionsvorsitzende GRÜNE im Landtag NRW*

„Alle demokratischen Kräfte – die Zivilgesellschaft, die Politik – müssen gemeinsam entschieden gegen rechtsextreme und -terroristische Strömungen zusammenstehen.

Um diesen zu begegnen, ist es essenziell, die Demokratie auf allen Ebenen zu stärken. Das aktuelle Erstarken rechtsextremer Tendenzen zeigt, dass Demokratie kein Selbstläufer ist.

Sie muss aktiv verteidigt und mit Maßnahmen zur strukturellen Demokratievermittlung und Extremismusprävention schon bei den Kleinsten gefördert werden."

se herausfinden, dann müsse man sie einer Person zuordnen können, und wenn das nicht möglich sei, weil die IP-Adresse nicht mehr gespeichert sei, „dann greift der Staat ins Leere“. Skeptisch stimme ihn auch, dass es zum Beispiel keine gesetzliche Definition für Hass und Hate Speech gebe.

Wer immer nur auf den Staat, staatliche Institutionen oder Sicherheitsbehörden setze, greife zu kurz, sagte Bosbach. Er mahnte die Verantwortung der Familie an: „Man muss es lernen, man muss den Umgang lernen und vieles – das ist jetzt ganz altmodisch, aber es ist meine feste Überzeugung –, vieles fängt auch zu Hause an. Man muss sich schon für die Kinder interessieren, was sie machen.“

Gerhart Baum, *Bundesinnenminister a.D., FDP*

Gleichwohl müsse der Staat auch für Strafverfolgung im Netz sorgen, sagte Monika Düker und beklagte ein „Vollzugsproblem“ im Netz. Es könne nicht sein, dass eine Straftat analog verfolgt werde, im Internet aber nicht. „Die Spielregeln gelten für beide Bereiche“, und es gehöre dazu, das Recht auch im Netz durchzusetzen. Es sei ein schwieriges Terrain, wenn man plötzlich in einen Bereich komme, wo es keine Täter gebe, hob der ehemalige liberale Bundesinnenminister Gerhard Baum hervor. „Die ganze Datenschutzdiskussion interessiert mich nur aus einem einzigen Grunde: Ich möchte, dass die freien Bürger möglichst nicht ins Visier des Staates kommen, wenn sie sich nichts zuschulden kommen lassen und wenn sie keinen Verdacht ausgelöst haben. Diese Abgrenzung zwischen Freiheit und Sicherheit ist ein ganz schwieriges Thema. Darum ringen wir.“

Man könne Extremismus nicht allein mit Projekten und Programmen bekämpfen, betonte Helge Lindh. „Wir tun so, als ob die lebensentscheidende Frage wäre, ob fünf Millionen mehr oder weniger bei ‚Demokratie leben!‘ mitmachen. Aber eigentlich ist die Situation unwürdig, dass immer gekämpft werden muss um einzelne Projekte, dass wir nicht eine dauerhafte Demokratieförderung haben, dass wir nicht ein Demokratiefördergesetz haben.“ Der SPD-Innenexperte fordert Extremismusprävention durch institutionelle Förderung. „Wir haben einen Fundamentalangriff auf die Demokratie, und wir meinen manchmal, das mit Projekten bekämpfen zu können. Das reicht nicht.“ Die institutionelle Förderung werde bis zum Ende der Legislaturperiode noch ein Thema in der Großen Koalition sein, kündigte der Sozialdemokrat an. Zustimmung bekam er von Monika Düker: „Mit hier ein Projektchen, da ein Projektchen, das funktioniert natürlich nicht.“

Wenn man strukturell über alle öffentlichen Institutionen Demokratiekultur fördern wolle, „dann bin ich bei diesem berühmten Demokratiefördergesetz, über das die Politik in Berlin jetzt schon Jahre diskutiert“. Die grüne Fraktionsvorsitzende im Düsseldorfer Landtag zeigte sich überzeugt, dass die finanzielle und strukturelle Förderung von Institutionen im Rahmen eines Demokratiefördergesetzes ein Weg sei, die Zivilgesellschaft insgesamt zu unterstützen.

Publikum

Petra Pau forderte ebenfalls institutionelle Förderung ein. Sie verwies dazu auf Vorträge am Vormittag des Forums Migration 2019: „Ich habe heute früh sehr wohl die Mitteilung gehört, dass die Forschungen, über die wir gesprochen haben, drittmittelfinanziert sind. Dass das also keine Regelaufgabe ist. Was muss man tun, um diese Auseinandersetzung auch dieser Analyse unabhängig entsprechend voranzutreiben und dann zu partizipieren und daraus Schlussfolgerungen zu ziehen?“

Auch Pau kritisierte, dass es seit Jahren immer nur „das Konstrukt der Projekte“ gebe. Mit der Konsequenz, dass man nach dem Auslaufen der Finanzierung des einen Projektes dieses Projekt völlig neu erfinden müsse mit einem neuen Namen. Damit sei die Aufgabe aber nicht erledigt. Deshalb ist für die Bundestagsvizepräsidentin klar: „Wir brauchen ein Gesetz, welches auch stetige Förderung ermöglicht. Die Zivilgesellschaft, über die wir hier gerade geredet haben, ist an dieser Stelle zu stärken.“

Otto Benecke
Stiftung e.V.

Gefördert vom:

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend